

Abonnements-Bedingungen:
Kammernummer 500...
Einzelnummer 5 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonabend, den 24. März 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Russlands demokratische Neuorientierung.

Französische Verluste bei St. Simon an der Somme, bei Margival zwischen Duse und Aisne und am Walde von La Ville-aux-Bois - Fiegerbomben auf englische Anlagen bei Mudros.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 23. März 1917. (M. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zufolge mehrerer Vorstöße eigener und feindlicher Erkundungsabteilungen nahm an der flandrischen Front und im Arras-Gebiet zeitweilig die Artillerietätigkeit zu.

Französische Truppen, die beiderseits von St. Simon über Somme und Grosz-Kanal gegangen waren, sind durch Angriff gegen und über diese Abschnitte zurückgeworfen worden.

Zwischen Duse und Aisne entspannen sich in den Abendstunden heftige Kämpfe westlich und südlich von Margival; Angriffe starker französischer Kräfte sind durch Feuer und im Gegenstoß verlustreich abgeschlagen worden.

Am Walde von La Ville-aux-Bois ist ein nach hartem Feuer einsetzender französischer Vorstoß gescheitert.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Bis auf einen schlagelagerten Zeilangriff in der Seen-Enge und Störungsfelder verhielt sich der Franzose bei Monastir ruhig. Ein unserer Luftschiffe hat in der Nacht vom 20. zum 21. 3. englische Anlagen bei Mudros auf der Insel Lemnos wirkungsvoll mit Bomben beworfen und ist unverletzt in seinen Hafen zurückgekehrt.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 23. März. Wendt. Im Somme und Duse-Gebiet Vorpostengefächte; sonst im Westen und Osten nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, 23. März 1917. (M. T. S.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unser gestern gemeldeter Vorstoß an der Biezina kostete dem Feinde starke blutige Verluste. Sonst nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Deutlich des Dardana-Seez schritterte abermals ein französischer Angriff. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Doerfer, Feldmarschallleutnant.

Ganz Rußland der neuen Regierung angeschlossen.

Petersburg, 23. März. Die Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet folgendes Schriftstück, das als eine neue Ansprache der Regierung an das russische Volk anzusehen ist: Nach den letzten Nachrichten hat sich ganz Rußland mit Einschluß von Finnland, Turkestan und Sibirien voll und ganz der neuen Regierung angeschlossen, die die Duma mit kräftiger Unterstützung der patriotischen Truppen überall im Jarenreiche ausgerichtet hat.

in wenigen Tagen das ganze Land in Flammen setzte und seine völlige Wiedergeburt vollendete. Man muß die Quelle dieses offensichtlichen Erfolges in der logischen Notwendigkeit suchen, die seit Jahren, und ganz besonders in der letzten Zeit, der ganzen russischen Nation, die sich dessen vollkommen bewußt war, den Beweis lieferte, daß der Staat

in einen Abgrund nicht wieder gutzumachenden Unglücks geschleudert werden würde, und der Krieg mit Schwach verloren sei, wenn die alte, durch und durch egoistische Reaktion unter Führung einer verweichlichten Dynastie fortzuführen würde, eine Politik der Volkunterdrückung zu treiben, die alle schaffenden Kräfte lähmt.

2000 Tote und Verwundete. Diese Zahl stellt einen verhältnismäßig unbedeutenden Bruchteil gegenüber der Gesamtsumme der Opfer von Revolutionen anderer Länder, die die Geschichte kennt, dar.

Aus dem gleichen Grunde hat Rußland, oder vielmehr Petersburg, das höchstens eine Woche in Unordnung war, fast ganz das normale Leben wieder aufgenommen, denn jedermann schließt sich schnell dem neuen Regime an und die Zeit, da der Herr und seine Günstlinge das Land erwürgten, erscheint wie ein Alptraum, der vor dem Licht der politischen Freiheit glücklich zerfallen ist.

ohne die geringste Verzögerung die Grundsätze zu verwirklichen. Die sie in ihrem Manifest am ersten Tage, da sie zur Macht gelangt war, verkündet hatte. In der Tat sind die politischen Grundsätze, die völlige Wiederherstellung der juristischen Gesetzgebung und andere liberale Maßregeln militärischen und zivilen Charakters der beste Beweis dafür.

Die neue Regierung, die von der Bevölkerung mit Beifall aufgenommen und eifrig unterstützt wird, hob die Gouverneure und Sizogouverneure auf, von denen die als alte Parteigänger des alten Regimes bekannt verhasst wurden, und übertrug die örtliche Verwaltung den Präsidenten der Semstwo als zeitweiligen Kommissionen. Um das Land gegen jeden Versuch einer Gegenrevolution

und gegen monarchistische Propaganda zu sichern, beauftragte die Regierung den ehemaligen Zar und die Zarina der Freiheit und Isolation im Palast von Jaroslawe Sels. Der Justizminister Serenoki brachte im Ministerrat einen Gesetzentwurf auf Abschaffung der Todesstrafe ein und trat Vorlesungen, die Frauen zu den Wahlen für die konstituierende Versammlung zugelassen. Er befahl ferner, mit allen nur möglichen Mitteln die Rückkehr der wegen politischer Vergehen ausgewanderten und Verbannten nach Rußland zu erleichtern.

Die Peterburger Zeitungen erscheinen nicht mehr von der Zensur verstimmt. Eine freudig bewusste Menge durchzieht die Straßen und füllt die Läden. Zahlreiche politische Vereinigungen und Versammlungen, welche die ehemaligen bürokratischen Verwaltungsoffiziere niemals genehmigten, werden unangenehm abgehalten und erfüllen die Hauptstadt mit einem aufgeregten öffentlichen Leben.

Die Theater werden am Sonntag ihre Vorstellungen wieder aufnehmen und die Lichtspieltheater bereiten Filme vor, welche Ereignisse aus der Revolution vortragen. Das einzige, was an die großen durchlebten Tage erinnert, sind die roten Fahnen und Sinnbilder der Freiheit, mit denen die meisten Häuser geschmückt sind, und die große rote Fahne auf dem Dach des Winterpalais, das gemäß einem Regierungsbeschluss der Zeit der demnächst stattfindenden konstituierenden Versammlung sein wird.

Als bemerkenswert fällt an dieser Rundgebung auf, daß darin weder über den Hunger noch über Krieg und Frieden ein Wort zu finden ist. Diese drei haben doch im Geistesleben des Aufstandes eine laute, gewaltige Stimme gehabt. Der Zar ist erledigt, aber die Drei sind wild lebendig. Einer Rundgebung, die das nicht respektiert, dürfte in den breiten Massen die Wirkung, die ihre Siegesfanfare macht, nur wenig beschieden sein.

Die schweigende Opposition. Bern, 23. März. Lyoner Blätter melden aus Paris: Bei der vorgestrigen Abstimmung über die Vertrauensfrage in der Kammer enthielten sich 60 Abgeordnete der Stimmenabgabe, darunter 37 Sozialisten der Minderheit und 11 Radikale und Radikal-Sozialisten. Bei der Abstimmung waren 63 Deputierte abwesend, die Mehrzahl von ihnen Regierungsgegner.

Die Völker ertrinken in Blut.

Eine Dumarede Serenoki's.

Vorbemerkung. Der 28. Februar war der historische Tag, an dem die Duma über die Staatsverfassung des Russen Reichs hielt. Nach einer Rede des Adettenführers und jetzigen Außenministers Mijukow, der die Regierung für die Niederlagen verantwortlich machte und die Organisation des Sieges verlangte, sprach der Führer der Arbeiterpartei, der jetzige Justizminister Serenoki, den die Presse den mächtigsten Mann Rußlands nennt, für den Frieden. Wir geben diese Rede, ein weitgeschicktes Dokument, nach russischen Zeitungsberichten so ausführlich als möglich wieder. Die punktierten Stellen bedeuten Beschlüsse.

Rußland, und mit Rußland ganz Europa befinden sich in einer Krise. Die Völker ertrinken in Blut; die Vorräte an Menschen und Vermögen wurden im Laufe dreier Jahre veräußert und sind bereits aufgebraucht. Die militärische Krise tritt in ihre letzte entscheidende Phase und die Verände der gesamten Demokratie Europas, die für ein nützliches... eintritt, sind machtlos, diesen Strudel zu hemmen, in dem sich alle Leberziehenden Massen in Europa wie die Irrsinnigen gestürzt haben.

Der Ausgang des letzten Aktes der blutigen Tragödie ist noch ungewiß. Die Kräfte sind erschöpft und erschöpfen sich bei allen, und bevor man seiner Ueberzeugung Ausdruck gibt über den Ausgang des Kampfes und bevor man behauptet, daß wir das Volkvermögen ohne Ende verwenden können, muß man mit mehr Ernst und größerem politischen und menschlichen Verantwortungsgefühl in das Innere unseres politischen Gewissens blicken. Fragen Sie sich: Was haben Sie während dieser drei Jahre getan, Sie, die Sie von dieser Tribüne herab den Sieg um jeden Preis predigen? Indem Sie die Verantwortung für das vergossene Blut tragen, können Sie behaupten, daß Sie alles getan hätten, daß Sie nicht nur den Enthusiasmus und das Pathos der Worte von dieser Stelle aus entfacht haben, sondern auch politische Handlungen, politischen Willen mit aller Anspannung der Kräfte geltend gemacht haben? Haben Sie es verstanden, das persönliche Mißho im Kampf gegen das alte System, das das Land dem Verderben zuführt, auf sich zu nehmen? Ich spreche nicht, um zu polemisieren, ich gehe offen, daß die Stunde zu verantwortungschwer ist, und wir nur die Wahrheit reden dürfen.

Ich gelte, daß auch wir, die Vertreter der Demokratie, nicht immer imstande gewesen sind, unsere Pflicht ganz zu erfüllen, daß auch wir nicht immer beim Erfüllen unserer historischen Aufgaben auf der Höhe gewesen sind. Ich will nicht einen Kampf der Parteien eröffnen, sondern ich wünsche, daß diese Lage im vollen Bewußtsein der ganzen Größe der Verantwortung, die jetzt auf uns allen ohne Unterschied der Partei ruht, erfolgt. Womit belastet, mit welchen Ergebnissen treten wir vor das Gericht der Geschichte? Wenn man uns sagt, daß die unglücklichen die Stimmung immer mehr und mehr sinkt, daß der Feind sich erschöpft, so ist es unsere Pflicht zu sagen, daß auch wir uns erschöpfen, daß die Stimmung unserer Volksmassen in unendlicher Progression sinkt. Wir durchleben Wirren, wie sie die Geschichte unserer Heimat bisher nicht kannte. Nicht nur die politische Erkenntnis, sondern auch das wirtschaftliche Leben des Landes befindet sich in einem Chaos.

Es ist soweit gekommen, daß kürzlich ein Ministerium, als es Koble nach Petersburg nach einer benachbarten Gouvernementsstadt in Begleitung eines Beamten befördern ließ, diesen Zug mit einer bewaffneten Wachenmannschaft besetzte, um eine andere Behörde zu verhindern, diese Kohlen zu konfiszieren und an sich zu reißen. Wir sind bereits am Ufer angelangt, wo ein jeder mit allen ihm zugänglichen Mitteln die an sich gerissenen wirtschaftlichen und elementaren Rechte an einem Gut verteidigt im tödlichen Kampf gegen seinen Nachbar. Vor uns ist das gleiche Bild wie in den Zeiten der französischen Revolution. Auch damals wurden Produkte, die nach Paris befördert wurden, von einer bewaffneten Macht gegen Ueberfälle von Seiten der Provinzialbehörden geschützt. Wir stehen vor dem völligen Zerfall. Die ganze Geschichte des Landes des Staates ohne jede Pyramide... die vom Schweiß und Blut des unorganisierten Volkes gestützt wurde, und die jetzt angefaßt der geschichtlichen Prüfung sich nicht einmal fähig erwies, das alte Staatsgebilde zu stützen. Bestehen wir wohl in diesem historischen Augenblick das politische Verantwortlichkeitsgefühl, um unsere persönlichen, um die Massen- und sozialen Interessen den Staatsinteressen unterzuordnen? Diese Erkenntnis fehlt uns noch. Man sagt uns, schuld ist die Regierung, schuld sind diese Leute, die hier wie Schatten kommen und gehen. Wer führt denn

um aber diese Schatten zu uns? Wenn Sie die Geschichte der Regierungsmacht während der letzten drei Jahre durchblättern, so werden Sie sich entsinnen, wieviel hier von dunklen Nächten geredet worden ist. Nun, bricht etwa eine neue Epoche im russischen Leben an? Ist das System verschwunden? Nein, es ist voll und ganz geblieben. Ich erinnere Sie daran, daß nach Ansicht des ehemaligen Ministers Scholokow, der jetzt in unseren Reihen sitzt, fünf unserer Kollegen, Sozialdemokraten, nicht infolge eines Irrtums, sondern infolge einer absichtlichen Handlung des Gerichts zur Zeit des Ministers Schtscheglowitow nach Sibirien verbannt worden sind. Und wenn damals es einen Stuchomlinow gab, so gibt es jetzt ein Kabinett Mittich-Protopopow-Golitsyn, das die Arbeitergruppe des kriegsindustriellen Komitees dem Gericht überantwortet.

Nach will durchaus nicht die Tätigkeit des Kabinetts auf den bösen Willen einzelner Personen zurückzuführen. Der größte Fehler des Landes ist, immer und überall Verräter, deutsche Agenten, einzelne Stürmer zu suchen. Wir haben einen viel gefährlicheren Feind als den deutschen Einfluss, als den Verrat einzelner Personen. Dieser größte Feind ist das System, das System der mittelalterlichen Vorstellungen vom Staat. Und ich frage Sie, meine Herren, haben diese drei Jahre Krieg und endlich zu der grundlegenden Ueberzeugung gebracht, die allein imstande ist, Sie und uns, die Vertreter der Demokratie, zu einigen? Wenn Sie nicht den Willen zum Handeln haben, so müssen Sie auch nicht allzu schmerzwiege Worte sprechen. Indem Sie die Diagnose stellen, glauben Sie, Ihr Werk getan zu haben. Es gibt doch aber noch die naiven Massen, die die Lage des Staates ernst nehmen und die auf die Handlungen der einen Seite mit solidarischen Handlungen auf der anderen Seite antworten wollen, die in ihren naiven Forderungen Sie, die Dummeheit, unterstützen wollen. Und wo diese Unterstützung sofort ist, zu einer impotenten Massenbewegung zu werden, vernichten Sie durch Ihre unvernünftigen Worte diesen Aufschwung, diese Leidenschaftlichkeit der Massen, diese Festigkeit der Stimmung.

Sie, meine Herren, erregt noch der eine Gedanke: die Idee imperialistischer Annexionen. Sie leiden an einer Utopie, erstreben Ziele, die nicht zu verwirklichen sind, und berücksichtigen nicht die wirkliche Lage, in der sich das Land befindet. Wir begreifen bereits, daß nach dem dreijährigen Kriege, wo der Vorrat an Menschen und materiellen Gütern erschöpft ist, der Moment gekommen ist, um die Öffentlichkeit auf die Liquidation des europäischen Konfliktes vorzubereiten. Der Konflikt muß liquidiert werden auf der Grundlage der Selbstbestimmung aller Nationalitäten, alle Regierungen müssen in gleicher Weise auf alle Eroberungen verzichten.

Es wird gesagt, daß wir nicht im Namen des demokratischen Russlands sprechen. Vielleicht. Doch auch Sie werden nicht früher im Namen Russlands sprechen können, als Sie die Bedingungen geschaffen haben werden, unter denen die öffentliche Meinung im Lande sich ebenso frei äußern dürfen, wie in Deutschland und England. Lassen Sie die breiten Volksmassen sich versammeln und über die Aufgaben des Krieges beraten. Solange aber halten Sie Ihre propagierenden Banner zurück, besprechen Sie die Linie der Einzelheit und lassen Sie Lösungen, die für die breiten Massen unannehmbar sind, besetzen. (Protestrufe.) Ja, ich behaupte, daß die Verkündung unerlöster Eroberungspläne keine Unterstützung finden kann. Sie wollen niemand hören außer sich selbst, Sie müssen aber uns hören, denn wenn Sie nicht unsere warnende Stimme vernehmen, so werden Sie nicht Warnungen, sondern Katastrophen gegenübersehen. Beobachten Sie das Wetterleuchten, das hier und dort am Himmelsglitzel des russischen Reiches aufleuchtet. Die Energie der Regierung trägt Früchte. Sie trägt den Zerfall auch in die Massen, und wehe über uns, wenn wir es nicht verstehen werden, rechtzeitig zu erwachen, daß man suchen muß, nicht mit Worten, sondern durch die Tat mit der Demokratie in Fühlung zu treten. Ich widerspreche nicht, wenn gewisse Leute, für die das Schweigen nach den bekannten Ereignissen besonders unkatthast ist, hier anfangen, der Arbeiterbewegung Gelistritte zu verlesen. Aber seien Sie vorsichtig bei Behandlung der Volksseele, erheben Sie keine Vorwürfe wegen Verrat. Die Masse lebt das gleiche Leben wie auch Sie. Sie läßt sich nicht ohne Jaudern ihr Leben an den Grenzen von Ost und West, sie hat die größten Entbehrungen zu erdulden, die Ihnen völlig fremd sind, und sie will ein Wort mitreden, wo es sich um ihre Zukunft handelt. Sie wird mit Ihnen gehen, wenn Sie ihren Geist erfassen. Geben Sie uns, wenn auch nur das fiktive Recht, hier von den Leiden, dem Jählen, Denken und dem Schmerz der Volksseele zu reden. Geben Sie uns wenigstens hier die Möglichkeit, dies auszusprechen, ohne die bewußten Verdächtigungen jener, die zu früh das Jell des noch nicht erlegten Bären teilen!

Der finnische Landtag.

Stockholm, 23. März. Wie der „Frankl. Zeitung“ gemeldet wird, tritt der finnische Landtag am 4. April zusammen.

„Russland will Frieden haben.“

Stockholm, 23. März. Das Gerücht, daß Tschaidse in die provisorische Regierung in Petersburg eingetreten sei, wird in „Sozialdemokraten“ von einer sehr gut unterrichteten Persönlichkeit als unwahrscheinlich bezeichnet. Falls die Nachricht jedoch wahr sei, zeugt sie dafür, daß die Lage höchst ernst ist. Habe man die Revolution gegen die Reaktion einmal ganz gesichert, so würden die Arbeiter im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien sogleich den allgemeinen Frieden im Sinne internationaler Verständigung anstreben. Das sei ihr eigentliches Ziel, denn Russland wolle Frieden haben, nicht einen neuen Krieg an Stelle des alten.

Die Gefangenen von Jarskoje Sselo.

London, 22. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg, daß der Zar in Jarskoje Sselo eingetroffen ist. General Kornilow, der ihn unter Kavalleriebegleitung nach dem Palast führte, hatte auch das Amt, der Zar in mitzuteilen, daß sie eine Gefangene sei. Der Bericht, den Reuters über diese Handlungen mitteilt, bezeugt, daß die Gefangenenschaft von jeder besonderen Härte frei sein wird. Kornilow kündigte an, daß der Palast streng bewacht werden würde.

Amsterdam, 23. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg, daß die Regierung vier Kommissare nach Moskau entsandte, um den Zaren gefangen zu nehmen. Sie wurden vom General Alexejew empfangen. Der Zar befand sich im kaiserlichen Hofzug, wo seine Mutter von ihm Abschied nahm. Die verschiedenen Formalitäten nahmen ungefähr eine Stunde in An-

spruch. Admiral Nikolow wünschte, den Zaren zu begleiten, aber die Kommissare verweigerten die Zustimmung. Eine große Menschenmenge, die in Schweigen verharrte, war Zeuge der Abfahrt des Zuges. Eine Gruppe von Offizieren nahm am Bahnhof Abschied vom Zaren. In Jarskoje Sselo fuhr der Zug vor dem kaiserlichen Palast vor. Der Zar hatte vorher von seinem Gefolge und der Dienerschaft Abschied genommen und ging ruhig aus dem Salonwagen. Er trug die Uniform des 6. Kubanischen Kavalleriebataillons und den St. Georgsorden. Sein Gesicht war eingefallen. Begleitet vom Fürsten Salgorucki schritt er auf das wartende Automobil zu. Es war kein Publikum zugegen.

Reuters erwähnt einen Brief aus Moskau, der eine Beschreibung des Umzugs der Mutter des St. Georgsordens sowie der Offiziere und Mannschaften der kaiserlichen Leibgarde gebe. Mit einer roten Fahne zogen diese zum Palast des Zaren. Auf der Fahne war das Wort „Freiheit“ zu lesen. Ein Musikkorps, das die Marschmusik spielte, ging dem Zuge voraus.

Einst ließ der Zar französischen Gästen zu Ehren die Melodie der alten Revolutionshymne musizieren. Das war ein höfliches Spiel. Jetzt musiziert der schwerste Ernst die wilden Rhythmen.

Amsterdam, 23. März. Nach einem hiesigen Blatte meldet der Korrespondent der „Times“ aus Petersburg vom Mittwoch: Der Plan, die Opfer der Revolution auf dem Platz vor dem Winterpalais zu begraben, wurde aufgegeben.

Verhaftungen.

Die „Depeche de Lyon“ meldet aus Petersburg: Graf Tscherskoff, der Herzog von Medlenburg-Strelitz, der Gouverneur der Provinz Kaur, von Sandatti, und General Ratschenkow wurden verhaftet.

Die Arbeiter der Putilowwerke.

London, 23. März. Der Petersburger Mitarbeiter der „Times“ berichtet: Die Putilowwerke haben wieder Kohlen erhalten und erwarten das Eintreffen noch größerer Mengen. Die Arbeiter, vor allem die Frauen, machen noch Schwierigkeiten. Sie stellen das Verlangen nach sofortiger Einführung des Achtstundentages. Der Straßenbahnverkehr ist wieder normal.

Nach „Svenska Dagbladet“ wird das Exekutivkomitee der Duma durch das gemeinsame Komitee der Arbeiter und Soldaten überwacht. Die Arbeiter haben beschlossen, die Arbeit in den Fabriken wieder niederzulegen und abermals zu revoltieren, falls die jetzige Regierung von dem vereinbarten Programm abweicht.

Die Lebensmittelfrage.

London, 23. März. Ein Bericht der „Times“ aus Petersburg meldet: Die Lebensmittelfrage bilden das Hauptaugenmerk der neuen Regierung. Der Landwirtschaftsminister hat einen neuen Plan ausgearbeitet, um die Lebensmittel über das ganze Reich einheitlich zu verteilen. Er hat einen Zentralrat eingesetzt, der sich aus Dumamitgliedern zusammensetzt, die von den verschiedenen Ständen, Landwirtschaft, Handel, Industrie, gewählt wurden. Dieser Ausschuss hat die häuerische Bevölkerung dringend ermahnt, ihre Lebensmittelproduktion der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen. In Petersburg nimmt man die Bevölkerung zur Mitwirkung der Verteilung der Lebensmittel in Anspruch. Jede Familie soll einen Vertreter beauftragen, mit den Lebensmittelverteilungsstellen direkt in Verbindung zu treten; ihnen werden dann Vorräte geliefert werden.

Aber wird man „Vorräte“ erlangen? Ausreichende Vorräte auf längere Zeit? Die Bauern halten bekanntlich die Lebensmittel fest, um nicht selbst dem Hunger zu verfallen.

Die Regierung hat, nach einem „Lokalanzeiger“-Bericht, der Landbevölkerung in einem Aufruf versichert, sie werde alles unternehmen, um der Landbevölkerung die erforderlichen Rohstoffe für den Betrieb der Landwirtschaft zu verschaffen. Die Bauern würden durch die neuen Gesetze vollständig gleiche soziale und politische Berechtigung mit der übrigen Bevölkerung erhalten. Sie würden fortan unabhängig von der Regierung der Gouverneure und Palizeimeister gemacht werden. Soweit es die Verhältnisse zulassen, werde die Agrarreform, die den Bauern eine Erweiterung des Landbesitzes erbringen soll, durchgeführt werden. Die Regierung erwarte, daß die Bauern ihre Pflicht gegen das Vaterland tun und das große begonnene Werk der Befreiung aus der Sklaverei durch Mißverstand und Eigennutz nicht gestören werden.

Die Bauern fordern Arbeitskräfte von der Front.

Stockholm, 23. März. Nach dem „Svenska Dagbladet“ kommen nunmehr auch die Bauern mit ihren Sonderforderungen. Dreiundzwanzig Bauernabgeordnete haben verlangt, daß die älteren Jahresklassen baldmöglichst zur Bestellung des Bodens von der Front zurückgerufen werden sollten.

Beklemmungen wegen der Arbeiterkomitees

Von einer großen Gefahr, die in Russland aufsteige, redet der „Temps“ in einem Leitartikel. Diese große Gefahr zeigt sich dem Blatte in der Gestalt des Rats der Arbeiter und Soldaten. Deutlich genug verrät aber der „Temps“, daß an seinen bürgerlichen Beklemmungen die Sorge schuld ist, daß Russland kriegsuntauglich werden könnte. Von verheerender, mit welcher Berechtigung das Komitee der Arbeiter und Soldaten Beschlüsse diktiert, von denen man zumindest sagen müsse, daß sie in Ansonst entstanden seien. Sollte sich die Revolution in eine Parodie umwandeln, so wäre die Zukunft der ganzen russischen Freiheiten in Frage gestellt. Ferner würde auch die Festigkeit der russischen Heere Gefahr laufen. Wenn in Ermangelung einer Leitung, einer Weisung, kurz einer Regierung, die Revolution die militärische Kraft Russlands schwächen würde, so wäre dies für Russland ein Schanden, der nicht wieder gut gemacht werden könnte. Angesichts der Analphabeten läßt das russische Volk nur vorichtig in die Bahn des Fortschritts geleitet werden.

Auch Clemenceau bedauert im „Gomme Enchaîné“, daß den letzten Nachrichten zufolge die Regierung der Bewegung der revolutionären Organisationen nachzugeben scheint. Dies bedauern nimmt sich gut aus in einem Blatte, das den Namen trägt: „Der Mensch in Ketten“. Begeistern können diese bürgerlichen Organe sich nur für eine russische Revolution, die ihnen die Analphabeten, denen die Bahn des Fortschritts „nur vorichtig“ geöffnet werden soll, in Massenstürmen auf die Kriegsschlachtbank liefert.

Die Mutter der Parlamente grüßt.

Bonar Law brachte im Unterhause einen Antrag ein, dem russischen Volke Grüße und Glückwünsche zur Schaffung freier Institutionen zu senden. Es sei zu früh, zu sagen, daß alle Gefahr vorüber wäre, aber es sei für die Mutter der Parlamente nie zu früh, dem Parlament des verbündeten Landes und seiner Regierung Grüße zu senden — der Regierung, die mit der ausgesprochenen Absicht gebildet sei, den Krieg zum erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Bonar Law sagte: Die Aufgabe der neuen Regierung zähle zu den schwersten, die je einer Regierung zugefallen sei: sie solle den Angreifer aus dem Lande treiben und zu Hause Freiheit und Ordnung aufrichten. Es kommt uns nicht zu, diejenigen zu richten oder zu beurteilen, die an der Regierung des verbündeten Landes Teil hatten. Aber es möge mir erlaubt sein, ein Gefühl der Teilnahme für den Zaren auszubilden, der drei Jahre unserer Lokaler Verbündeter gewesen ist und auf den durch seine Geburt eine Last gelegt war, die sich als zu schwer für ihn erwies.

Bonar Law schloß, er gebe sich der freudigen Hoffnung hin, daß in den letzten Stadien des Kampfes sich alle alliierten Länder unter Leitung von Regierungen befinden würden, die eine Vertretung ihrer Völker darstellten. Asquith unterstüzte die Entschließung und sagte:

Die gewaltigen Ereignisse, die sich gegenwärtig in Russland vollziehen, sind von der Art, daß sie eine besondere unverzügliche Anerkennung des Hauses verdienen und erfordern. Eine Autokratie, welche trotz des außerordentlichen Verdienstes in ihrer Geschichte und in dem persönlichen Schicksal der Inhaber des Thrones ein integrierender Teil des russischen Lebens geworden und unerreichbar für einen etwaigen Angriff zu sein schien, ist im Laufe weniger Tage ohne wirksamen Widerstand, sogar ohne Verteidigung vollkommen ausgeremert worden. (Beifall.) Die Form der neuen russischen Regierung soll dem freien Urteil eines befreiten Volkes unterworfen werden.

Wir hier in dem ersten und ursprünglichen Heimparlamentarischer Einrichtungen und der Volkswahlen haben einen besonderen Anspruch darauf, zu den ersten zu gehören, die sich über die Emanzipation Russlands freuen und es in der Gemeinschaft der freien Völker willkommen heißen. Je größer die Grundlage der Macht ist, desto mehr wird der Sinn für Verantwortung verbreitet und ange-regt. In der Zwischenzeit beobachten wir mit Sorge und Teilnahme die Anstrengungen seiner provisorischen Regierung. Wir haben die Überzeugung, daß die ausgezeichneten Männer, die die neue Regierung bilden, diejenige Geduld und Klugheit besitzen werden, welche eine derartige Lage erheischt, und vor allem nehmen wir an, daß weder sie noch das russische Volk um ein Jota von ihrem Entschlusse abzuweichen werden und von der Zusammenfassung aller ihrer Hilfsmittel, um den Krieg zu einem solchen Ende zu bringen, wie es all den Opfern familiärer Verbündeten entspricht.

Asquith sagte am Schluß seiner Rede: Die Erklärung der neuen russischen Regierung, daß sie unverbrüchlich die Allianz beobachten werde, welche sie mit den anderen Mächten verbündet und daß sie entschlossen ist, alle Abkommen auszuführen, die mit den Verbündeten getroffen wurden, diese Erklärung habe man „mit Vergnügen gelesen“. Die Sache der Alliierten, wie zahlreich und verschieden auch die Kriegsschauplätze seien, sei einzig und unteilbar.

Schweizer Sozialdemokratie grüßt die russische Revolution.

Bern, 23. März. Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrates hat am Donnerstag abend folgendermaßen an die sozialistische Fraktion der Reichsduma gedrückt: Wir senden Ihnen unseren brüderlichen Gruß. Wir freuen uns über den Sieg der Sache des Volkes und wünschen Ihnen Glück zur Erreichung der Demokratie, wir hoffen, die russische Sozialdemokratie wird kräftig für den Frieden wirken.

Der Krieg auf den Meeren.

Die Versenkung des Healdton.

Wie einem Amsterdamer Blatte aus Ymuiden gemeldet wird, besand sich der amerikanische Dampfer Healdton, als er versenkt wurde, innerhalb oder an der Grenze des holländischen Sperrgebietes, nämlich der freien Fahrtrinne.

Unter den in Ymuiden gelandeten Schiffbrüchigen des Healdton befindet sich auch der Kapitän. Die Besatzung erzählt, daß der Dampfer sicherheitsshalber die nördliche Route genommen hätte. Der letzte Hafen, der angelaufen worden war, war Bergen. Nach der Abreise von dort ereignete sich nichts Besonderes, bis Mittwoch abends, ungefähr 8 Uhr 15 Minuten, ein U-Boot, ohne ganz an die Oberfläche zu kommen, zwei Torpedos auf den Dampfer abfeuerte. Die Torpedos trafen mittschiffs, so daß das Schiff bei seiner gefährlichen Ladung und der Explosion im Maschinenraum sofort in Brand geriet. Der Dampfer Healdton gehörte der Standard Oil Company in New York.

Ymuiden, 23. März. Der Dampfer Ocean hat das Rettungsboot des amerikanischen Dampfers Healdton mitgebracht, das mit 20 Insassen gekentert war. In dem Boot besand sich der einzige Ueberlebende dieser 20 Mann, ein Norweger, dem es gelangt war, das Boot umzudrehen. Er ist verwundet und es sind ihm Arme und Beine erfroren. Er wurde ins Rot-Kreuz-Spital gebracht.

Seesperrre und Versenkungen.

Bergen, 22. März. Der Dampfer Bergisi, von Cardiff nach Bordeaux mit Kohlen unterwegs, ist versenkt worden. Drei Mann sind umgekommen.

Oslo, 23. März. Nach Meldungen aus Trondheim berichtet die „Vollsthem“ vom 20. Januar, daß dicht bei Kapstad ein großes Schiff gesunken sei, was eine starke Beunruhigung hervorgerufen habe. Ferner sei bei Kap Agulhas ein Transportschiff zertrümmert worden, daß die Mannschaft auf ein anderes Schiff hätte gebracht werden müssen. Landboote habe man in der Nähe nicht entdeckt.

Göteborg, 23. März. Nach Meldungen aus London betrug die Buttereinfuhr der letzten Woche 18 396 Cwts. gegen 36 801 in der gleichen Woche des Vorjahres, und die Fleischeinfuhr 88 692 Cwts. gegen 189 720.

Dänische Schiffe in Ententehäfen festgehalten.

Rotterdam, 23. März. Es ist hier bekannt geworden, daß Mitte März an die englischen und französischen Seestreitkräfte der Befehl ergangen ist, alle dänischen Schiffe, mit Ausnahme solcher, welche nach Häfen der Entente bestimmt oder von der Entente gechartert waren, in den Häfen festzuhalten.

Tragikomödien aus dem Ernährungslexikon.

Der Ernährungsfragen sind nachgerade so viele geworden, daß sie für sich allein ein eigenes großes Kompendium zu füllen vermöchten...

Zeit entfernt davon, den weisen Augen zahlreicher Einzelheiten der Kriegsernährungsorganisation abstrahieren oder auch nur herabmindern zu wollen...

Die Kardinaluntugend der den Lebensmittelmittelreich leitenden Faktoren besteht in einer eifrigen Lebens-Strategie, die wiederum einer oft zu hausmütterlichen Besorgsamkeit entspringt.

Diese leider auch im letzten Winter noch weiter ausgebaute Vorräte bilden den Hauptstock für unsere Ernährungs-Tragikomödien...

Jedermann konnte und sollte die einfachen Ges. oder Viehmischeln, die wegen ihres Wohlgeschmacks, ihrer verhältnismäßigen Billigkeit...

Dies fragte man sich vergeblich, bis man eines Tages hinter der Kasse eines Schaufensters einen selbsterzogenen, weichen Berg erblickte...

Und das gebenedeigte Kriegsmehl? Einst hieß es lohniger als sprühvoll oder wohlriechend Marmelade. Als man es laufen wollte...

es schmeckt nach — nun, nach Kriegsmehl, d. h. es schmeckt ganz und gar nicht.

Eine Friedensfeier in der Schweiz.

Am 21. März feierte die Schweiz den 500. Geburtstag des Friedensstifters Niklaus von Flüe, der durch seine kluge und menschenfreundliche Friedensvermittlung Ende des 15. Jahrhunderts den drohenden Bruderkrieg von Schweizern untereinander verhinderte...

Während einer Reihe von Jahren zogen sich die Streitigkeiten und Friedensvermittlungen hin, und über die Frage der Aufnahme der beiden Kantone Freiburg und Solothurn in die alte Eidgenossenschaft drohte um Ende 1481 der Bruderkrieg auszubrechen.

Ueber die Lebensgeschichte dieses Menschen- und Friedensfreundes wird berichtet, daß er aus einer Bauernfamilie stammte, selbst eine Bauernfamilie mit vielen Kindern gründete, viele und harte Arbeit verrichtete und nicht lesen und schreiben konnte.

Der schweizerische Bundesrat hatte durch Erlass vom 6. März 1917 eine offizielle Feier des 500. Geburtstages Niklaus von Flües angeordnet, wonach am Abend des 20. März von 8 Uhr ab im ganzen Schweizerlande zu Ehren des obwaldnerischen Friedensstifters die Glocken erklingen sollten...

die 25 Kantone zusammen für die Blüte und Sicherung des einzigen Bundesstaates. Ist es nicht in dem gleichen föderalistischen Deutschen Reich ebenso, wo ein Krieg der einzelnen Staaten gegeneinander ausgebrochen ist?

Findet sich nicht auch heute ein Niklaus von Flüe, der den Völkern den Frieden wiedergibt? Unsterblicher Ruhm für alle Zeiten wäre ihm gesichert!

Wie der Rohzucker gewonnen wird.

Bekanntlich wird jetzt der bereits angelegte Versuch ausgeführt, dem allgemeinen Verbrauch Rohzucker zuzuführen. Er hat eine gelblich-bräunliche, braune oder rötliche Farbe, füllt sich fast wie Sand an und weist einen eigentümlichen Geruch und Geschmack auf.

Es ist dies eine durch passende Zucht auswählte, in ihrem Zuckergehalt stark angereicherte Runkelrübe, die am besten in gründlich vorbereiteten, fetten, lehmigen Boden gedeiht.

Die Rüben nach allen Richtungen und befreit sie von den anhaftenden groben Verunreinigungen. Nachdem die oberflächlich angehängten Rüben noch eine Waschlösung passiert, rollen sie in die Schälmaschine, deren Messer sie in kleine Stücke zerschneidet.

Um den zu gewinnen, wird der Rohzucker von neuem aufgelöst, und im gänzliche Entfärbung, sowie Ausmerzung des Geruchs und Geschmacks herbeizuführen, mit entfärbenden und den Geruch usw. beseitigenden Stoffen, wie z. B. mit Knochenkohle und Aktivkohle vermischt.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gavrila Savolsta.

VII.

Tagejew trägt Kette und — Afakow. — Was mit Pant a geschehen ist. — Nikiti und seine Kellerafse. — Der Kampf mit dem wilden Tier. — Die zweite Falle.

„Ach! Wen sehe ich hier!“ rief Gordij, „Sie sind es, Ivan Iwanowitsch?“

„Nawohl!“

„Was machen Sie denn bei uns?“

„Ich soll hier mit jemand zusammentreffen!“

Tagejew lächelte lebenswürdig, aber in der Seele verfluchte er Gordij, den der Zufall gerade auf dieser Seite des Perrons austauschen ließ.

„Wen erwarten Sie denn?“ fragte Gordij und wickelte sich in seinen Mantel, denn es regnete, und nächtliche Kälte stieg von den Perronskufen auf.

„Ach, einen Verwandten!“

Gordij glättete Schneid seinen Schnurrbart.

„Na, na, wir kennen Sie hier schon. Sie sind ein ganz gefährlicher Don Juan. Davon erzählt man im ganzen Gouvernament. Ich bin sicher, Sie kommen zu einem Rendezvous mit einer schönen Dame.“

Tagejew hielt es für richtig, diplomatisch zu sein.

„Vielleicht!“

„Nun, denn kommen Sie zu mir in die Kanzlei! Hier bei Regen und Kälte ist es zu ungemütlich. Oder vielleicht möchten Sie ins Restaurant, ein Glas Rotwein trinken?“

„Nein, ich danke!“

Sie traten in die Kanzlei.

Die Lampen verbreiteten ein helles Licht. Vom Ofen strömte eine fast unerträgliche Hitze aus. Auf dem Tischsofa, über dem der melancholische Jar im Hermelinmantel hing, sah ein hochgewachsener Mann mit stählernen Augen in Gendarmereiform und rauchte eine Zigarette.

Als er die Eintretenden gewahrte, erhob er sich vom Sofa.

„Kadej Konstantinowitsch Afakow!“

Ein Schauer überließ Tagejew, denn er hatte das Gerücht vernommen, daß der soeben zum Assistenten des Gouvernementsvorstehers ernannte Afakow sein besonderer Feind sei und den Auftrag hatte, ihm speziell auf die Finger zu sehen.

„Das bist Du also, Du Schweinehund!“ dachte er, in dem er dem Gendarm, der sich gleich wieder setzte, die Hand gab.

Man führte ein banales Gespräch über alles Mögliche, nur nicht über die Angelegenheiten im Gouvernament, sei es politischer oder wirtschaftlicher Natur.

„Daß auch der Herr, — und so weiter,“ ging es wie eine Vitanel durch Tagejews Hirn, während ihm von der Stirn der kalte Schweiß herabrannte, „aber ich laß mich von euch nicht unterkriegen, ihr schwarzes Gesindel.“

Er erhob sich von seinem Sitz und ging ans Fenster. Seine Unruhe wurde immer größer.

„Erlauben Sie, daß ich auf den Perron gehe! Man ist hier wie in einem Dampfessel!“

Tagejew schlüpfte in den Mantel und ging hinaus. Auf dem Perron ging er auf und ab, schließlich setzte er sich auf eine abseits stehende Bank.

Unterdessen begannen Gordij und Afakow eilig abgerissene Sätze auszutauschen:

„Wen erwartet er?“

„Weiß der Teufel! Vielleicht Nikiti!“

„Wer weiß!“

„Man muß die Begegnung ruhig zulassen und neue Be- weise sammeln.“

„Ja! Ja!“

Nach einer Weile begann Afakow wieder:

„Wie will er das herüberbringen?“

Gordij grüßte die Kellern:

„Ich weiß noch nicht!“

„Und Schary?“

„Bestern telegraphierte er, daß er auf der Spur sei.“

„Und zwar?“

„Schary wird uns rechtzeitig benachrichtigen. Wenn nicht, werden wir suchen...“

„Ja, ja!“

„Und finden!“

Sie lachten. Nun saßen sie still, nur Afakow pfiff leise eine Vogelmelodie, als zwischere ein kleines Vögeln in den unbelaubten Fliederbüschen des Bahnhofgartens sein Frühlingsliedchen.

Tagejew sah auf der Bank, starrte in die suchte Finsternis hinaus und sann nach.

Seit dem Morgen gelte ihm in den Ohren ein einziger Schrei, den Janka — halb Kind, halb Weib — ausgestoßen hatte, als man sie ins Gouvernementsgefängnis gebracht hatte.

Zusammengedrückt und schweigend saß sie da. Sie fragte nicht, was für ein Verbrechen sie begangen hatte. Wochte sie erraten haben, daß sie mit ihrem unschuldigen Scherz auf ihren Bruder und sie alle ein so schweres Unglück heraufbeschworen hatte, oder daß jener Brief, den Tagejew in dem Mantel des Bruders fand, der Beweis eines politischen Vergehens war, — genug, sie war in dieser einen Nacht gealtert und bis zur Unkenntlichkeit verändert.

„Wie verheißt!“ dachte Tagejew, als er sie am frühen Morgen vor dem Schreibtisch des Gendarmereivorstehers sah, schweigend, die gläsernen Augen in eine nur für sie sichtbare Ferne gerichtet.

Das Verhör dauerte nicht lange. Janka erwiderte kein Wort. Der Hauptmann erhob sich und ließ sie in ein kleines Stübchen im Souterrain des Gefängnisgebäudes führen. Dort stellte man ihr ein Bett mit einem Strohsack hin, einen Schemel, Krug und Schüssel. Graues Licht strömte durch das nach dem Hof hinausgehende Fenster.

Der Hof war von einem verrosteten Gitter abgeschlossen. In jenem Augenblick hatte Janka ein einziges Mal aufgeschrien, als nehme sie Abschied von Freiheit, Jugend und Sonne. Tagejew und die Gendarmen begleiteten die Droschke, die Janka an das andere Ende der Stadt nach dem Gefängnisgebäude gebracht hatte. Bald darauf wurde es still.

(Fortf. folgt.)

Kuß Furcht vor den U-Booten.

Cadix, 21. März. Ein englischer und ein italienischer Dampfer, mit Wein und Apfelsinen für England beladen, liegen in Cadix fest, weil die englische und italienische Mannschaft aus Furcht vor Unterseebooten nicht weiterfahren will.

Der strategische Rückzug im Westen.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Adolf Köster.

M... den 22. März 1917.

Gegenüber französischen Einbruchsbewegungen über deutschen Sanktionsgebiet muß noch einmal betont werden, daß die harten Maßregeln gegen das tote französische Material absolut notwendig waren, um deutsches Leben zu schützen. Die schnelle und anscheinend ohne Verlust erfolgte Vereinigung der zwischen uns und der feindlichen Front zurückgelassenen Einwohner mit der französischen Armee erregt hier Befriedigung. Ueber die Empfindungen der deutschen Soldaten gegenüber den evakuierten Einwohnern gibt die militärische Feldpostzensur interessante Aufschlüsse, die in den Wochen vor dem Rückzuge besonders streng gehandhabt wurde. Danach finden sich in fast allen Briefen von der Front in die Heimat Hinweise, die tiefes Mitleid mit dem Schicksal der Einwohner und ihres Eigentums erkennen lassen.

Der Vormarsch der Franzosen dauert auch heute noch an. Western ist kurz vor der Ankunft des Gegners die Ruine Couch le Chateau nördlich Soissons gesprengt worden. Die Ruine mit ihren viele Meter hohen Turmanern war ein idealer Unterstützpunkt für Mannschaften und Maschinengewehre. Die Sprengung geschah mit 28 000 Kilo Sprengstoff durch einen Offizier und vier Pioniere unter eigener Lebensgefahr.

Ein großer Erfolg unserer bisherigen Rückzugsbewegung kann heute schon gebucht werden. Immer klarer tritt hervor, daß die Franzosen zwischen Somme und Oise für den Monat März eine gewaltige Offensive geplant und bis ins kleinste vorbereitet hatten. Alle diese Vorbereitungen — der Bau von Bahnen, das Eingraben und Einschleichen von Artillerie, die Bereitstellung von Truppen und Material — ist heute umsonst geblieben. Eine neue Offensive ist in dem neuen Raum wohl erst nach Monaten möglich. Dann aber unter Bedingungen, die nicht General Rivelle, sondern Hindenburg diktiert.

Ursachen der Frontverlegung.

Wohin geht die Reise und was ist ihr letzter Zweck? General v. Blume weist in einer Betrachtung der „Veränderung der Kriegslage im Westen“ darauf hin, daß die Gegner Deutschlands auf diese Frage allem Anschein nach noch keine Antwort gefunden haben. Er ist der Ansicht, daß wohl erst die Zukunft die „große Frage“ klären werde. Gewisse Umstände, die wohl eine Aenderung der bisher von deutscher Seite befolgten Taktik ratsam erscheinen lassen konnten, lägen jedoch so offen zutage, daß sie schon heute unbedenklich besprochen werden könnten. General v. Blume legt dar:

Die Verklärung der Front, die wir erzielen, ist schwerlich das Hauptmotiv, denn sie hat zur Folge, daß sich die Front des Gegners, wenn er nachdrückt, in gleichem Maße vorlückt. Die besonderen Umstände, unter denen gleichwohl eine Frontverklärung für uns von überwiegendem Vorteil sein könnte, liegen im gegenwärtigen Falle nicht vor. Aber wir haben die starke Form der Verteidigung in bestmöglicher Stellung auch nicht deshalb gewählt, weil wir ihr an sich einen Vorzug vor anderen Formen zuerkennen, sondern wegen der Vorteile, die sie uns in Anbetracht der Gesamtkriegslage hat. Diese erfordert Sicherung des Gewinnes, den wir im Anfang des Krieges im Westen erzielt hatten, mit möglichst geringen Kräften, um möglichst starke Kräfte für die Aufgaben zu erübrigen, die uns im Osten und Südosten harren. Dafür war die Einnahme und die Behauptung einer mit allen Mitteln der Kunst und Technik verhärteten, in den Plänen gesicherten Verteidigungsstellung das geeignetste Mittel. Wir haben zwar anderwärts, namentlich bei Gorlice, den Beweis geliefert, daß der Durchbruch einer solchen Stellung für tätige Truppen mit Hilfe einer überlegenen Artillerie ausführbar ist. Die groß aber keine Schwierigkeiten und die mit ihm verbundenen Verluste sind, das haben unsere Gegner im Westen bei ihren durchweg mißglückten Unternehmens dieser Art erfahren. Ihnen fehlte allerdings bis in den Sommer des vorigen Jahres eine wesentliche Vorbedingung des Erfolges, die Ueberlegenheit an materiellen Kriegsmitteln, besonders an schwerer Artillerie und Munition. Seit sie diesen Mangel mit Hilfe Amerikas und Japans ausgeglichen haben, konnten wir uns zwar auch noch behaupten, aber nur unter schweren Verlusten in unseren vorderen Stellungen.

Nun wissen wir, daß unsere Gegner seit Monaten vor gewissen Teilen unserer Front Laufende von schweren Geschützen mit einer unerschöpflichen Munitionsmenge angehäuft und mit einem gewaltigen Aufwand von Zeit und Kräften die sorgfältigsten Vorbereitungen für einen Angriff mit überlegenen Waffen getroffen haben. Was hätten wir wohl für Veranlassung, den von ihnen gesuchten Entscheidungskampf in einer Lage anzunehmen, in der wir vorwärts den Sieg nur mit unverhältnismäßig schweren Opfern, überdies mit zweifelhafter Aussicht auf seine volle strategische Bewertung gewinnen würden?

General v. Blume sagt zum Schluß:
Die unter Verzicht auf die Initiative lange durchgeführte Defensive hat ihren Zweck erfüllt. Jetzt kommt alles darauf an, für den Entscheidungskampf, die Absichten und Vorbereitungen der Gegner bereitend, Verhältnisse herbeizuführen, die nach Zeit und Ort sowie nach den Eigenschaften der beiderseitigen Streitkräfte und ihrer Führer für uns möglichst günstig sind. Alles andere ist Nebensache.

Feindliche Kriegsberichte.

Französischer Bericht vom 22. März, nachmittags. In der Gegend nördlich von Ternier haben wir nach heftigen Kämpfen unsere Stellungen östlich des St. Quentin-Kanals weiter ausgedehnt und den Feind von mehreren energisch verteidigten, wichtigen Punkten vertrieben. Südlich der Oise und nördlich von Soissons sind wir während der Nacht ebenfalls vorgeückt und haben trotz heftiger Gegenaktion des Feindes in der Gegend von Bregny mehrere Dörfer besetzt. — Abends. In der Gegend von St. Quentin Patrouillen-Scharmägel. Im Nord die heftige Gegenangriffe, um uns vom Besitz des Kanals von St. Quentin zu verdrängen, das wir befestigt halten. In der Front Clastres-Montescourt wurden aufeinanderfolgende Angriffe des Feindes durch unser Maschinengewehrfeuer gebrochen. Den Deutschen wurden schwere Verluste zugefügt. Auch westlich la Fère lebhaft Kämpfe. Sie endeten mit einem vollkommenen Fehlschlag des Feindes. Südlich der Oise haben unsere Abteilungen die Artillerie an einigen Punkten überschritten. Nördlich der Aisne haben die Deutschen ihren Angriffsweg zwischen der Straße von Laon und dem Fluß erneuert. Zwei Angriffe auf der Linie Regny-Chibres wurden durch unser Sperrfeuer angehalten. In der Gegend südlich der Aisne nahm unsere Artillerie die feindlichen Truppen unter Kanonenfeuer und fügte ihnen sehr große Verluste zu.

Englischer Bericht vom 22. März. Der Widerstand des Feindes nimmt längs der gesamten Front westlich von St. Quentin bis südlich von Arras zu. Schwere Schneestürme verhärteten die Schwierigkeiten unseres Vormarsches. Wir unternehmen eine erfolgreiche Streife nordöstlich von Arras und machten einige Gefangene. Der Feind erlitt bei einem Gegenangriff ernste Verluste.

Politische Uebersicht.

Reichstag.

Inneres und Justiz.

Im Gegenangriff vom Donnerstag gelang es am gestrigen Freitag erfreulicherweise, den Reichstag auf dem Wege zur inneren Vereinheitlichung Deutschlands einen Schritt voran zu treiben. Allerdings erst durch das Mittel des Himmelsstreiches mußte die kleine Mehrheit von 125 gegen 110 festgestellt werden, die sich durch Zustimmung zu einem national-liberalen Antrag für die Uebernahme der Kaiserstraßen Deutschlands auf das Reich erklärte. Gegen diesen Schritt zur wirtschaftlichen Stärkung und Vereinheitlichung des Reiches stimmten, wie üblich, die konservativen Rechte und das Zentrum, während die liberalen und sozialdemokratischen Fraktionen dafür stimmten. Von unserer Fraktion sprach zu diesem Antrag und zu einem weiteren, von fast allen Parteien mit Ausnahme der Konservativen unterstützten Antrag auf Bereitstellung einer Million zur Ausarbeitung von Entwürfen für einen Großschiffahrtsweg vom Rhein zur Donau unser württembergischer Genosse Feuerstein. Er wies eindringlich auf den hohen wirtschaftlichen und militärischen Nutzen eines guten Wasserstraßennetzes hin. Genosse Thöne empfahl mit guten Gründen auch die Berücksichtigung des Weser-Donau-Projektes bei den Plänen über den zukünftigen Ausbau unseres Kanalwesens.

Mit der Annahme beider Anträge und der Ablehnung eines konservativen Verschleppungsantrages verließ das Haus das Reichsamt des Innern und wandte sich dem Justizetat zu. Die Erörterung führte hauptsächlich auf mehreren Resolutionen, die vom Hauptausschuß zur Annahme vorgelegt wurden. Es wurden darin Maßnahmen gegen die übermäßigen Kriegsgewinne und gegen die Kriegswucherer und Schieber verlangt. Eine weitere Resolution, die im Ausschuß von unsren Genossen eingebracht worden war, wünscht weitere Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn- und Gehaltsansprüchen. Gegen die Kriegswucherer fanden alle Parteien sehr scharfe Worte. Von unserer Fraktion sprach Genosse Meine in kurzer wirkungsvoller Rede zugunsten der Resolutionen, besonders der sozialdemokratischen. Er sprach ferner die Hoffnung aus, daß möglichst bald wieder im Frieden das internationale Recht zu Ehren gebracht werden möge.

Rechtsanwalt Schraps.

Dreizehntzigjährig ist gestern in Jüdisch Rechtsanwalt Schraps gestorben. Sein Name tauchte Ende der sechziger Jahre und Anfang der siebziger Jahre in der Parteigeschichte episch auf, ja er gewann durch die Nähe eines Größeren einen gewissen Glanz. 1887 war Rechtsanwalt Schraps als Vertreter der demokratischen sächsischen Volkspartei in den Reichstag gewählt worden, mit ihm zugleich — als Vertreter derselben großdeutsch-demokratischen Richtung — der junge Droßkammerherr August Webel. Beim von Behels erster Wahl zum Reichstag die Rede ist, wird neben ihm Webel auch der Rechtsanwalt Schraps genannt werden. In der Sitzung jener Zeit hatte sich Schraps eigentlich nicht zur Verfügung gefunden, er blieb, was er war: großdeutscher Demokrat, aber als solcher ein guter Kamerad. Wiederholt hat er, als Webel im Gespräch sah, im Reichstag dessen Postenlosigkeit beantragt, und auch sonst hat er fest zur Sprache gehalten, soweit dies mit seinen Ueberzeugungen vereinbar war. Als nach dem Sturz Napoleons III. die französische Republik den Frieden bot, Wismar aber zur Eroberung von Elb-Lothringen den Krieg fortsetzte, gehörte er zu den acht, die die Kriegskredite bewogten. Aber schon bei seiner Wiederwahl im Jahre 1871 stand er so, daß er eigentlich nicht mehr zur Partei gehörte, und zugleich verlor sein Name in der politischen Geschichte. Schraps war kein Sozialdemokrat und wurde es auch nicht, aber er gehörte zu jenen modernen Gestalten der Vergangenheit der bürgerlichen Demokratie, deren sich immer noch gern und mit dem Gefühl des Respekts erinnert. Als Politiker ist er jung dahingegangen und vierzig Jahre lang hat er sich selbst überlebt.

Der Handel, der mit den Dingen umzugehen versteht.

Liberalen und konservativen Verfechter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, des privaten Eigentums und des freien Wettbewerbs haben in letzter Zeit gewöhnlich, uns zu beweisen, daß schuld an aller Nahrungskalamität nur der leidige Kriegsjournalismus sei. Häute man die Sachen dem freien soliden Handel überlassen, „der mit den Dingen umzugehen versteht“, so stünde wir viel besser da. — In Zeitungen plaudert jetzt der neue Reichskommissar für Fischversorgung, Herr v. Flügge, über die Erfahrungen, die er mit Fischkonserven gewonnen hat, die beläufiglich noch dem freien Handel unterliegen. Er ist durch die Hausfäden gegangen und hat dort elf Konservenbüchsen erstanden. Darauf hat Herr v. Flügge festgestellt, daß jede einzelne dieser Konservenbüchsen einen Kettenhandel von nicht weniger als zehn Gliedern durchlaufen hat, der sie unter anderem bis nach — Luzemburg führte. Den Inhalt der Konservenbüchsen aber bezeichnet Herr v. Flügge als „Dreck“.

Nachlässig, ein anständiges Bild, wie der freie Handel mit den Dingen umzugehen versteht, und sehr ermutigend dafür, ihm weiteren Spielraum zu gewähren!

Zuschuß für Kriegsveteranen. Ein von allen Parteien gemeinsam eingebrachter Antrag zum Reichsausschuß fordert eine außerordentliche Zuschußung an diejenigen Veteranen von 1870/71, die den Ehrenlohn von jährlich 160 M. empfangen.

Bericht des Sännapostens. Durch Verordnung des Reichslanzlers wird bestimmt, daß Kartoffeln im Betriebsjahre 1916/17 auf Preismäßig nur veräußert werden dürfen, soweit sie sich zur menschlichen Ernährung nicht eignen und nicht in einer in unmittelbarer Nähe befindlichen Produktions- oder Stärkefabrik verarbeitet werden können. Wir fürchten, daß die letzte Klausel die Möglichkeit zu zahlreichen Umgehungen offen läßt.

Bedingte Strafauslegung. Nach einem kaiserlichen Erlaß, den das Justizministerium veröffentlicht, werden die Oberlandesgerichte und ersten Staatsanwälte bei den Landgerichten ermächtigt, solchen Verurteilten, die zu Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten verurteilt sind und, soweit sie zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr bereits vollendet hatten, nun nicht wegen Verstrechens oder Vergehens Freiheitsstrafe verurteilt haben, bedingte Strafauslegung zu gewähren, wenn auch das erkennende Gericht sich für Strafauslegung ausgesprochen hat. — Der Justizminister hat daraufhin die entsprechenden Ausführungsverordnungen erlassen.

Ueber die „Hohen Löhne“ der Kriegsgelungen beschwert sich eine kleine Anfrage, die der anti-semitische Reichstagsabgeordnete Dr. Werner-Siegen an die Regierung richtet.

Der sippische Landtag bewilligte am 21. März weitere fünf Millionen Mark für Kriegsunterstützungen, die durch die Regelung von Schenkungsbewilligungen aufgebracht werden sollen.

Letzte Nachrichten.

Die Kriegskredite um sechs Milliarden in Frankreich überschritten.

Bern, 23. März. Innerer Blätter melden aus Paris: Die Kammer begann gestern die Erörterung der provisorischen Budgetwörter für das zweite Vierteljahr 1917 in Höhe von 9 518 943 573 Francs. Nach einer Schätzung des Abgeordneten Gardey übersteigen die rückständigen Ausgaben für Kriegszwecke den bewilligten Kredit von 5 Milliarden um 11 Milliarden. Es müßten sofort Maßnahmen getroffen werden, um neue Einnahmequellen zu schaffen. Vollkommene fiskalische Reformen auf Grund eines allgemeinen Einkommenssteuergesetzes seien unbedingt notwendig.

Abgeordneter Broussé, Vertreter des Ersparnis, aufgesprochen der Kammer, erinnerte daran, daß bei den letzten Erörterungen über die Budgetwörter von den Unterhaussprechern des Kriegsministeriums Ersparnis versprochen worden seien, die getroffenen Maßnahmen jedoch kein befriedigendes Ergebnis gehabt hätten. Es handle sich besonders darum, die Offiziersstände im Landesinneren weiter heranzuführen. Für Verbesserungen in den Vereinigten Staaten von Amerika seien viele zu hohe Preise bezahlt worden. 200 Millionen seien unangewandt für Geschäfte aufgegeben worden, die den Bedingungen des Kriegsministeriums nicht entsprochen hätten.

Die Ausführungen Broussés wurden oft von Andrusen und Protestkündigungen unterbrochen. Die rückständigen Summen der französischen Reute würden binnen kurzem 3½ Milliarden betragen, während die neuen Steuern nur 600 Millionen eingebracht hätten. Man müsse neue Steuern schaffen. Der Staat sollte bei Todesfuge eine Erbschaftsteuer erheben, die dem Pflichtteil eines Kindes gleichkomme. Eine solche Steuer könnte jährlich 2 Milliarden abwerfen.

Unterredung mit Miljukow.

London, 22. März. Der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“ hatte am Dienstag eine Unterredung mit Miljukow. Dieser erklärte, daß alles gut gehe und daß das Land sich rasch an den neuen Zustand anpasse. Es kam die Rede darauf, daß über die Regierungserklärung gesagt worden sei, sie habe nicht genug Nachdruck auf den Krieg gelegt. Der Minister sagte, daß der Krieg bis zur Sieger errungen ist, den Grundton und ausschlaggebenden Faktor der Lage bilde. Einigkeit und Freiheit, um den Sieg zu erringen, sei jetzt die Pflicht des ganzen russischen Volkes.

Miljukow sagte ferner, es sei noch zu früh, um über die Wirkung der Revolution auf die auswärtige Politik Russlands zu sprechen, aber er sei davon überzeugt, daß Russland Polen sei nicht. Ueber eine Aenderung der Politik gegenüber Polen sei nach der Abankung des Jaren noch kein Beschluß gefaßt worden. Das Bezprechen eines freien wieder geeinigten Polens unter dem Geleit der russischen Jaren verlange jetzt natürlich eine Revision, aber in diesen unruhigen Tagen habe man noch keine Zeit gehabt, über die Angelegenheit zu beraten. Er habe keine Sorge wegen des Aufschusses der Arbeiterangehörigen. Die Abgeordneten fanden sich in den verschiedenen Verwaltungszweigen allmählich zurecht und die praktische Arbeit werde ihren Rhythmus wohl etwas hängen und ihren Horizont erweitern. Die Regierung beabsichtige, Geld für die Fortsetzung des Krieges aufzunehmen und die Lebensmittelpreise, die überall im Lande verborgen und aufgeschleppt seien, mit Beschlag zu legen. Es trete bereits fest, daß die Frauen sich an der Wahl für die konstituierende Versammlung beteiligen werden. Bei eingreifenden Veränderungen sei das Frauenwahlrecht ganz selbstverständlich.

Ausgleichsversuche in der Home Rule-Frage.

Rotterdam, 23. März. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ gibt eine Darstellung der gestrigen Debatte im Unterhaus, aus der hervorgeht, daß man einen Ausgleich in der irischen Frage herbeizuführen bemüht ist. Donar Law sagte, die Haltung Redmonds und Carsons verurteile nicht so viel Schwierigkeiten wie die ihrer Anhänger. Er würde Irland morgen Home Rule geben, wenn ein einseitiger Vorstoß gemacht würde. Er schloß mit den Worten: Wir haben beschlossen, daß es trotz der damit verbundenen Gefahren die Mühe lohnt, auf die eine oder andere Weise auf neue zu trachten, einen Ausgleich herbeizuführen. (Lauter Beifall.) Das Haus kennt die Schwierigkeiten, daß es ein wenig Geduld haben wird. (Hört! hört!) Wir finden es für gut, einen Versuch zu unternehmen, gleichgültig, ob er glückt oder mißlingt. (Beifall.) Hierauf verpöchte Mr. Guinness in einer kurzen Rede seinerseits jede mögliche Unterflügung.

Neuer russischer Marineminister.

Genf, 23. März. Nach einem Telegramm der Agence Havas hat die provisorische Regierung den Konteradmiral Jedrow zum Marineminister ernannt und den Admiral Marenow zum Befehlshaber der baltischen Flotte.

Amerika und Rußland.

Washington, 23. März. (Neutermeldung.) Das Staatsdepartement macht die formelle volle Anerkennung der neuen russischen Regierung durch die Vereinigten Staaten bekannt.

Amerikanische Ausmusterungen.

London, 23. März. Ein hiesiges Blatt meldet aus London, daß das amerikanische Marinedepartement 74 000 Mann für die Flotte ausheben wird. Der Senat von Ohio hat ein Gesetz angenommen, das alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren verpflichtet, sich für die Musterung zum Militärdienst zu melden.

Die Revolution auf Kuba und die Tabakkultur.

Amsterdam, 23. März. (T. U.) Aus Tabakkulturen in Kuba wird unter dem 22. Februar über die Folgen der Revolution auf Kuba in der Tabakkultur geschrieben: Die Revolution hat sich über die ganze Insel ausgebreitet. Die Telephon- und Telegraphenleitungen sind unterbrochen und die Züge fahren nicht weiter als bis Santa Clara. Die Plantagen der Herren Glen- und Bos-Kompanie in Tarbio und Santa Clara wurden in Brand gesteckt; große Mengen Tabak sind hierbei vernichtet worden. Vermutlich ist die ganze Ernte in Verlust geraten. In den anderen Distrikten haben die Pflanzer größtenteils ihre Arbeit auf den Feldern im Stich gelassen, um sich der revolutionären Bewegung anzuschließen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Beschäftigung erblindeter Krieger in Handels- und Industriebetrieben.

Das sächsische Ministerium des Innern hat an die sächsischen Handelskammern eine Verordnung erlassen, sich zu der Frage der Beschäftigung erblindeter Krieger in Handels- und Industriebetrieben zu äußern. Die Leipziger Handelskammer hat sich bereits in ihrer letzten Sitzung mit der Frage beschäftigt. Der Vorsitz der Kammer, Justizrat Dr. Wendlandt, berichtete darüber folgendes: Die praktischen Erfahrungen, die man in nun schon mehr als zweijähriger Kriegszeit habe sammeln können, haben gelehrt, daß insbesondere in Handwerksbetrieben eine natürliche Anzahl berufstätiger Arbeitsleistungen den Kriegserblindeten anvertraut werden können, und zwar nicht nur solche, die ausschließlich mit der Hand zu verrichten seien, sondern auch solche, zu deren Ausführung sich der Blinde der Maschine bedienen müsse. Die staatlichen Kriegsbetriebe, namentlich die Munitionsfabriken, aber auch zahlreiche private industrielle Unternehmungen, wie Elektrizitäts-, Zigarren-, Maschinen- usw. Fabriken, hätten bereits durchaus befriedigende Versuche gemacht, die auch den beschäftigten Blinden die Gewöhnung gebracht hätten, in nachdringender Verwendung ihrer Arbeitskraft beachtenswerte Löhne bis zu etwa 5,50 M. den Tag zu verdienen. Von der einfachen, gefühlsmäßigen Arbeit des Sortierens und Verpackens bis zur feinen Präzisionsarbeit werde von den Blinden in den verschiedensten Abteilungen am Tisch und an der Maschine durchaus gewöhnlich und mit sächlicher Befriedigung gearbeitet und zahlreich seien die Rundergebnisse, die von Seiten der Betriebsleitungen über die zuzuführenden Leistungen der Kriegserblindeten laut geworden seien, nicht minder zahlreich die Empfehlungen der Betriebsleitungen durch die Blinden selbst, namentlich solcher, die wieder früherer, von Jugend auf erlernter und ausgebildeter Beruf ausgeübt werden konnten. — Nicht ganz so einfach und leicht durchführbar lägen die Verhältnisse hinsichtlich der Einstellung Kriegserblindeter in die rein kaufmännischen, d. h. in die Kontorbetriebe. Man werde hier unterscheiden müssen zwischen mechanischer Handarbeit und zwischen selbständiger Kopfarbeit, sowie einer teilweisen Verbindung beider. Man werde ferner berücksichtigen müssen zwischen solchen Erblindeten, die bereits in kaufmännischen Betrieben gewirkt haben, und solchen, die als Reisinger eintreten wollten. — Als rein mechanische Arbeit, die man Blinden zuweisen könne, dürfte die Maschinenarbeit verbunden mit dem Parlographen, der Stenographiemaschine und dem Diktaphon usw. und die Bedienung kleiner Telephonzentralen in Betracht kommen. Auch auf diesem Gebiete seien schon beste Erfahrungen gemacht worden, auch hinsichtlich des erzielten Gehalts (durchschnittlich etwa 100 M. monatlich). Ganz besonders günstig lägen die Verhältnisse für den Blinden dann, wenn er instande sei, mit seiner Maschine nicht nur Diktate zu übertragen, sondern selbständige Kopfarbeit mit ihrer Hilfe zu verrichten, etwa als Korrespondent. Gehälter bis zu 200 M. seien bisher für solche Kriegserblindete gezahlt worden. Auch höhere seien gewährt worden, wo es sich z. B. um die Fernbedienung als Postbeamter, als juristischer Beirat usw. handelte. Gehälter, die auch von früheren Offizieren jetzt eingenommen worden seien. Auch auf allen diesen Gebieten lägen die betriebsgewöhnlichen Zeugnisse sowohl von Arbeitgebern als auch von Arbeitnehmern vor, auch hinsichtlich des gesundheitlichen Zustandes der Erblindeten, da von den ärztlichen Beratern dafür gesorgt werde, daß solche Erblindete, die noch nicht völlig hergestellt seien, deren Nervensystem nach den Schrecknissen des Schlachtfeldes und nach den Leiden ihrer Verwundung noch nicht völlig wieder erstarbt ist, noch nicht zur Ausführung einer praktischen Berufstätigkeit schreiten.

Die Lohnverhältnisse in der Binnen-schiffahrt.

In diesem Jahre soll die Binnen-schiffahrt mehr als bisher zur Entlastung der Eisenbahn herangezogen werden. Wenn dies erfolgreich geschehen soll, so ist die Ueberwindung von lahmhändigen Mannschaften die Vorbedingung, denn an Lohnraum mangelt es nicht.

Die Behörden sind den Unternehmern bisher auch schon in großem Maße entgegengekommen.

Von der Organisation der Binnen-schiffahrt ist wiederholt nachgewiesen worden, daß der Mannschafsmangel seine Hauptursache in der schlechten wirtschaftlichen Lage der Schiffsmannschaften hat, die dadurch gezwungen wurden, sich anderweitig lohnendere Beschäftigung zu suchen.

Die gegenwärtigen Lohnverhältnisse sind folgende: Auf der Elbe werden Löhne inkl. Kriegszulage von 140 bis 145 M. für Bootleute und 160 bis 170 M. für Steuerleute gezahlt. Schlechter sind die Löhne noch auf der Oder. Dort erhalten die Bootleute inkl. aller Zulagen 122 bis 127 M., die Steuerleute 145 bis 158 M.

Es handelt sich um Monatslöhne! Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß die verheirateten Mannschaften mit diesen Löhnen einen doppelten Haushalt führen müssen.

Mit diesen Löhnen auszukommen ist den Mannschaften einfach unmöglich, und so haben sie Mitte Februar durch den Transporthilfsverband den Unternehmern mitteilen lassen, daß sie eine Erhöhung der Löhne fordern, und zwar für Bootleute 180 Mark monatlich und für Steuerleute 180 Mark. Die doch sicher bestehenden Forderungen sind von dem Arbeitgeberverband für Binnen-schiffahrt abgelehnt, der es nicht einmal der Mühe wert hält, darüber in Verhandlungen einzutreten.

Die Hoffnung der Meeresverkehten, daß die Behörden ihnen die erforderlichen Arbeitskräfte wie bisher zuweisen, ohne Rücksicht auf die Lohnverhältnisse.

Hoffentlich geben die Behörden endlich einmal den wirklichen Ursachen des ständigen Mannschafsmangels in der Binnen-schiffahrt auf den Grund und sorgen dafür, daß solche Löhne gezahlt werden, die den Mannschaften die Existenzmöglichkeit geben.

Die Schiffahrt wird jetzt überall wieder aufgenommen und die Unternehmer treten jetzt an die Behörden heran, ihnen Mannschaften zu überweisen, da dürfte es an der Zeit sein, sich einmal auch um die Lohnverhältnisse der Mannschaften zu kümmern. Denn werden diese gebessert, so ist auch die Lösung der Mannschafsfraße nicht mehr so schwierig.

Ablehrschein und Abgangszugnis sind stets getrennt auszustellen.

Auf einen in Unternehmerkreisen verbreiteten Irrtum über die Ausstellung des Ablehrscheins macht der Berliner Gewerbe-richter Dr. Schallhorn im amtlichen Organ der Kaufmanns- und Gewerbevereine aufmerksam. Danach glauben viele Unternehmer, Zeugnis und Ablehrschein in einem Dokument vereinigen zu können. Ein derartiges Verfahren ist aber ungesetzlich. Während der Ablehrschein die Art der Lösung des Arbeitsverhältnisses erkennen lassen soll, ist im Zeugnis gerade diese Kennzeichnung unzulässig. Die Bekanntmachung über das Hilfsdienstgesetz betont auch ausdrücklich, daß der Ablehrschein „auf einem besonderen, von den Arbeitspapieren getrennten Blatt zu erteilen“ ist. Unternehmer, die hiergegen verstoßen, können, worauf Dr. Schallhorn hinweist, vom Arbeiter wegen Schadenersatzes in Anspruch genommen werden.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Jahresbericht des Buchbinderverbandes.

Die Jubiläumsfeier des Buchbinderverbandes konnte am Schluß des Jahres 1916, dank der Organisationsreue der Mitglieder und der unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht leichten Werbetätigkeit, mit Verdringung auf das Ergebnis der Organisationsarbeit zurückblicken. Es wurden 1426 männliche und 8520 weibliche Mitglieder gezählt, das ist eine Zunahme von 84 Mit-

gliedern. Die Zunahme wäre eine größere, wenn nicht ein Teil der Mitglieder abgemindert wäre. Dadurch wurde die Verbindung zwischen Kollegen und dem Verband gelockert, vielfach wird dann das Bezahlen der Beiträge verbummelt und auf ein Nachzahlen ist nicht zu rechnen.

Zu der Buchbinder- und Geschäftsbuchbranche war im Berichtsjahre die Beschäftigung bedeutend besser als im Jahre 1915. Wegen der Teuerungszulagen kam es im Mai 1916 zu den bekannten Vereinbarungen. Kurz danach gelang es, mit dem Verein Berliner Buchbinderbesitzer einen besseren Abschluß zu erzielen. Neue Teuerungszulagen wurden dann im November durch Vereinbarung mit dem Verein Berliner Buchbinderbesitzer und im Dezember durch Vereinbarung mit dem Verband Berliner Buchbinderbesitzer erreicht. Bei den Vereinbarungen mit dem Verein Berliner Buchbinderbesitzer sind die Geschäftsbuchfabriken eingeschlossen. Die Geschäftsbuchfabriken wenden sich immer der Herstellung von reinen Buchbinderarbeiten zu. Aus diesem Grunde und aus anderen Gründen wurde im Juli für die agitatorische und organisatorische Arbeit des Verbandes die Zusammenlegung der Buchbinderbranche mit der Geschäftsbuchbranche vollzogen. Noch nimmere halbjähriger gemeinsamer Arbeit kann gesagt werden, daß der Zusammenstoß im Interesse beider Teile lag. Der richtige Erfolg dieser Maßnahme wird sich allerdings erst im Frieden zeigen. Insbesondere bei Erneuerung der bestehenden Tarifverträge. — Die Geschäftsbuchbranche hatte flots zu tun. Sie leidet ständig unter Gehülfen-

mangel. Die Zahlung der letzten Teuerungszulagen ist ohne erhebliche Schwierigkeiten dankbar gelaufen. Nur einzelne Großbuchbinderer versuchten eine Verkauflisierung, gelegentlich der Feiertagsverrechnung. Das Personal bedauerte ihnen aber, daß es eine derartige Schädigung nicht ruhig auf sich nehmen. Deshalb erfolgte auch hier nach Verhandlungen die glatte Bezahlung. Auch wegen der torialischen Affordzahlung entstanden Streitigkeiten, die erledigt werden mußten. Die Beschäftigung von Kolonnen mit Gehülfenarbeit hat immer weiter um sich gegriffen. Ein Antrag, den Spezialarbeitern für Gehülfenarbeiten 3 Pf. für die Stunde mehr zu bewilligen, war abgelehnt worden.

In der Album-, Rappen- und Galanteriebranche war die Tätigkeit im Berichtsjahre hauptsächlich darauf gerichtet, unter den Beschäftigten den Organisationsgedanken zu festigen und auszubreiten, um bei einer eventuellen Tarifbindung geschlossen darzustehen. Zunächst wurde eine Teuerungszulage erzielt, der später eine neue Zulage folgte, die allerdings erst im Januar 1917 in Kraft trat. Es wird erwartet, daß der Tarifabschluß (1. Juli 1917) eine durchgreifende Linderung der Lohnverhältnisse bringen wird. Die Initiation für den Buchbinderverband und für eine durchgreifende Vernetzung der Kollegen und Kolleginnen nimmt in der Branche regen Fortgang.

In der Kartonbranche war, soweit es die Post- und Vergründerange betrifft, der Beschäftigung kein besonders günstiger. Es trat sogar die Gefahr ein, daß durch Materialmangel früher oder später die Beschäftigung vollständig aufhören würde. Das ist ja nun nicht eingetreten, da Material immer noch genügend vorhanden ist. Immerhin wurde das Personal in einer ganzen Reihe von Betrieben bedeutend vermindert. Der Grund der schlechten Beschäftigungslage liegt wohl darin, daß die Konfektionshäuser usw. infolge der veränderten Verhältnisse beim Verkauf nur in geringer Zahl Aufträge aufgeben. Bedeutend besser waren die Konsumgenossenschaften in den Zigarettenfabriken daran; sie hatten vollauf Beschäftigung. Da in diesem Zweige der Branche bisher über die Entlohnung noch keine Abmachungen mit den Unternehmern getroffen waren, versuchte die Branchenleitung, mit den Zigarettenfirmen Löhne und einseitige Preise für die einzelnen Arbeiter festzulegen. Die Fabrikanten verwiesen die Branchenleitung an den Unternehmerverband für die Zigarettenfabrikanten Groß-Berlins. Dieser Verband erklärte die gegenwärtigen Verhältnisse nicht für angetan, um einen Tarifabschluß zu vollziehen. Eine Versammlung nahm zu der Antwort Stellung und beauftragte die Branchenleitung, nochmal an die Fabrikanten heranzutreten.

Die Zentralkasse hatte im Jahre 1916 eine Gesamteinnahme von 117 906 M., der eine Ausgabe von 116 494 M. gegenüberstand. Der Rest von 1412 M. wurde für das nächste Jahr am Ort behalten.

Die Lokalasse hatte am 1. Januar 1916 einen Bestand von 93 561 M. Einschließlich dieses Bestandes betrug die gesamte Jahreserinnahme 148 024 M. Nach Abrechnung der Jahresausgabe von 50 308 M. verblieb am 1. Januar ein Bestand von 97 716 M.

Aus der Partei.

Der Unterseeboot-Internationale ist Julian Vorwardt wird sich demnächst rühmen können, mit der Zahl derer, die von ihm abgelehnt sind, den Befehl des Grafen Goensbrock gelassen zu haben. Der ganzradikale Duisburger „Kampf“ erklärt den früher so heiligeliebten Julian jetzt plötzlich für einen „Begner“ seiner Richtung; ja selbst die Berliner Arbeitsgemeinschaften behandeln Vorwardt nach Ausweis der letzten Nummer ihres „Mittlungsblattes“ mit entschiedenem Mißtrauen. Bei ihnen wird aber jeder Abschüttelungsversuch vergebens sein. Denn noch zu genau ist in Erinnerung, welche wichtige Führerrolle der internationale Unterseeboot-Held bei den Groß-Berliner Parteikämpfen auf seinen der Unentwegten gespielt hat. Namentlich aus den Akten des Kreises Zeltow-Beeskow ließe sich dafür manch interessantes Beleg bringen.

Macht aus Regierungskreisen. Nach seinem Abgang von der „Dressener Volkszeitung“ ist Hermann Fleischer Mitarbeiter der „Sächsischen Staatszeitung“, des offiziellen Organs der sächsischen Regierung geworden. Und zwar hält er es für geschmackvoll, diesen Platz eine Erklärung zu überlassen, in welcher der innere Parteistreit nach Äußeren breitgetreten wird, wobei es an den üblichen Ausfällen gegen die alte Partei nicht fehlt. Die Arbeitsgemeinschaften haben sich in letzter Zeit angewöhnt, wenn ihnen die laßlichen Argumente ausgeben, den „Vorwärts“ ein Regierungsorgan zu schimpfen. Bei ihnen selbst scheint doch aber der Zug nach wirklichen Regierungsorganen recht stark vorhanden zu sein.

Aus Industrie und Handel.

Es wird glänzend weiter verdient.

Der Geschäftsbericht der Selenit-Industrie Bergwerks-aktiengesellschaft, dessen wichtigste Zahlen bereits erwähnt wurden, zeigt, wie ungerechtfertigt das Gespöhl nach höheren Eisen- und Kohlenpreisen ist:

	1916	1915	1914	1913
Kohgewinn	30 005	38 888	28 335	45 568
Abschreibungen	22 025	21 078	15 901	23 308
Reingewinn	27 980	16 905	12 434	22 260
do. einzahl. Vortrag	30 978	19 877	15 062	24 141
Dividende	22 560	14 400	10 800	19 800
do. in Prozenten	12	8	8	11
Rückstellung für Ueber-				
sicht in Friedenszeit	2 500	—	—	—
Besondere Rücklage	600	600	600	600
Unterstützungskonto	1 500	1 500	500	450
Aufschicht-Zantidone	791	379	189	663
Reuvortrag	8 027	2 908	2 973	2 628

Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch die Selenit-Industrie Bergwerks-aktiengesellschaft, wie alle Industrieunternehmungen, in der Anbahnung stiller Retorten nicht müßig gewesen ist.

Der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen — ein etwas undeutlicher Ausdruck, da sich weder Getreide noch Futtermittel vereinigen können — gibt eine neue Zeitschrift „Der Getreidehandel“ heraus, der natürlich die Anschaffung des freien Handels bekämpft.

Der Griff auf die ausländischen Wertpapiere.

Ueber die neue Bundesratsverordnung, die den deutschen Besitz an ausländischen Wertpapieren dem dringend notwendigen Schutz unserer Währung dienlich machen soll, wird mitgeteilt:

Der Reichsanwalt wird ermächtigt, anzuordnen, daß ausländische Anleihen, Obligationen, Aktien und Urkunden über einen ausländischen Aktienbesitz dem Reichs überlassen werden müssen. Bevor eine zwangsweise Ueberlassung jedoch in Kraft tritt, wird dem Inhaber ausländischer Wertpapiere eine Frist bewilligt, in der er seinen Besitz selbständig verkaufen kann. Der Verkauf ausländischer Wertpapiere darf nur durch Vermittlung der Reichsbank oder durch einen gewerbemäßigen Bankier erfolgen.

Diese kurze Mitteilung erlaubt noch keine eingehendere Beurteilung der einschneidenden und wichtigen Maßnahme. Sehr auf-fällig ist aber, daß nach den bisherigen Mitteilungen die neue Bundesratsverordnung nicht den Weg gehen wird, der vor kurzer Zeit erwähnt wurde. Damals wurde dem Bundesrat unterstellt, er beabsichtige zu verordnen, daß die Besitzer ausländischer Wertpapiere ihren Kapitalbesitz nicht an das Reich verkaufen, sondern gegen die relativ hohe Leibgebühr von 1 Proz. des Minimalwertes an das Reich borgen sollen.

Raffinierter Zucker.

Man schreibt uns: „Schon seit mehreren Jahren wurde von namhaften Ärzten darauf hingewiesen, daß der gewöhnliche raffinierte Zucker der Gesundheit nicht zuträglich ist. Ich erinnere nur an die Ausführungen des bekannten Zahnarztes Dr. Rühmer, Breslau, der bewies, daß der dauernde Genuß von weissem Rübenzucker Entzündung der Zähne und des ganzen Körpers hervorruft, als deren Folge schlechte Zähne, Karies, Nervosität usw. zu nennen sind. Der weiße Zucker braucht zu seiner Assimilation im menschlichen Organismus Kalk, den er dem Körper entzieht, wodurch besonders Knochen und Zähne an Kalk verarmen. Es wurde daher vielfach vorgeschlagen, statt des weißen Zuckers, der außerdem noch mit dem giftigen Nitromarin gefärbt ist, den unraffinierten Rohrzucker, der aus dem tropischen Zuckerrohr gewonnen, einzuführen. Er wurde auch tatsächlich in ziemlich großen Mengen in Deutschland eingeführt. Auch versuchte man, und zwar mit bestem Erfolg, den unraffinierten Rübenzucker, der nach die meisten der für die menschliche Ernährung so wichtigen Nährsalze enthält, zu verwenden. Ich selbst habe ihn jahrelang ausschließlich in meiner Familie gebraucht, auch für Säuglinge, und kann nur sagen, daß er dem weißen Zucker an Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bei weitem überlegen ist. Der bekannte schmerzhafte Sandis wird so auch aus ihm hergestellt, ohne Raffination. Also keine unnötige Besorgnis!“

Soziales.

Rechtsvereinheitlichung.

In Heft 9/10 des „Kritik“ fordert Dr. Ernst Emil Schwibbe (Breslau) eine methodische Nachprüfung der grundlegenden Bestimmungen unserer Kriegsgerichts- und Militärstrafgesetze. Er wünscht, daß überall da, wo schwerwiegende Zweifel grundsätzlicher Art bestehen, eine authentische Gesetzesauslegung gegeben werde. Dieses Verlangen gründet sich auf die Tatsache, daß in überaus wichtigen Fragen eine ganz einwandfreie Auslegung von Vorschriften einer Reihe von Bundesratsverordnungen immer noch nicht möglich gewesen ist. Beispielsweise hat eine Reihe von Gerichten sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Unterbrechung der gegen einen Kriegsteilnehmer anhängig gemachten Klage mit der Zustellung der Klage beginne. Zugleich müsse jedoch die Klage zuvor werden. Andere Gerichte haben sich wieder auf den Standpunkt gestellt, daß die Unterbrechung der Verfahrens auch die Aufstellung der Klage an den Kriegsteilnehmer nicht zulasse. Die Ansicht des Gesetzgebers sei gewesen, die Vornahme von Prozesshandlungen, also auch die Aufstellung der Klage, für unzulässig zu erklären. Daß durch die Nichtaufstellung der Klage auch materiell rechtliche Folgen eintreten (keine Unterbrechung der Verjährung, keine Rechtsanhangigkeitszinsen usw.) müsse als gleichfalls beabsichtigt angenommen werden. Kriegsteilnehmer sollten eben vor Prozessen und ihren Folgen bewahrt werden.

Auch die Frage, ob die Einberufung zum Weere unerschuldetes Ungläub im Sinne des Handels-Gesetzbuches sei, ist bisher nicht einheitlich geklärt worden. Das Ober-Landesgericht Köln hat sich z. B. gegen die Auffassung des Kammergerichts gemeldet, wonach die Einberufung zum Weere niemals ein solches unerschuldetes Ungläub sei.

Nach 2½ Jahren Krieg sollte es eigentlich keine Zweifel mehr geben, ob ein Kriegsteilnehmer verhaftet werden kann oder nicht. Nach 2½ Jahren Krieg müssen sowohl der Prinzipal, dessen Angehörige einberufen werden, wie diese selbst wissen, welche Rechts-pflichten und welche Rechte die beiden Parteien gegeneinander haben und es dürfen diese Rechtspflichten und Rechte nicht ein Zufallsprodukt sein, das sich erst entscheidet, wenn das Kaufmannsgericht in seiner jeweiligen Zusammensetzung gesprochen hat. Man muß Schwibbe anzeigen, daß hier in der Tat der Kriegs-Gesetzgebung noch wichtige Aufgaben zur Lösung bevorstehen. Wissenschaft und Praxis haben Zeit genug gehabt, Fragen des Kriegsrechts dieser Art zu erörtern und der Gesetzgeber kann hieraus nun jedenfalls das Ergebnis ziehen. Viel löbliche Arbeitskraft, viel Streit und manche Enttäuschung kann erspart werden, wenn hier in Fragen solcher Art, durch eine Bundesratsverordnung, oder am besten durch besonderes Gesetz des Reichstages, eine authentische Gesetzesauslegung gegeben wird, die klar und durchsichtig die Anwendung des Rechts für jeden ermöglicht.

Organisierung der Sammelabgaben in der Berliner Holz-industrie.

Ein bemerkenswerter Verlust des organisierten Holzgewerbetreibenden zur Abhilfe der Transportnot ist von der Berliner Holz-industrie gemacht worden. Auf Anregung der Handwerkskammer hat die Zähler-Anstalt zu Berlin mit der Königlich Preussischen Eisenbahndirektion ein Abkommen getroffen, wonach die früher als Einzelsendungen aufgegebenen Möbel und dergleichen zeitweilig gelagert werden, bis sie als Sammelabgabe hinausgehen können. Zu diesem Zweck hat die Eisenbahndirektion auf dem Schlesischen Güterbahnhof einen Schuppen mietlich bis auf Widerruf zur Verfügung gestellt. Eigendweilige Haftung für Verlust und Beschädigung der eingelagerten Güter z. B. durch Diebstahl, Feuer oder unsachgemäße Behandlung, übernimmt die Eisenbahndirektion nicht. Die Annahme der fraglichen Güter erfolgt nicht mehr wie sonst auf den einzelnen Güternahmestellen, die Verloader haben sich vielmehr lediglich an die Annahme bzw. an einen Beauftragten derselben zu wenden. Die Einrichtung, die für eine Reihe der Beteiligten wegen der Beschränkung der Güterablieferung auf einen einzigen, ziemlich abgelegenen Bahnhof freilich auch gewisse Unbequemlichkeiten mit sich bringt, hat sich nach dem Urteil der Handwerkskammer bereits ausgezeichnet bewährt. Vollige Ausnutzung des Laderaumes, sachgemäße Verpackung der Güter und Sicherung der unter den gegebenen Verhältnissen bestmöglichen Transportmöglichkeiten sind die Vorzüge dieses Verfahrens, das wohl auch für andere Gewerbe mit Erfolg anwendbar ist.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Sonntag mittag. Zunächst kalt, trocken und vielfach heiter; später von Norden nach Süden sichziehende neue Trübung und im Ostseebereich geringe Niederschläge.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Tempelhofer; für den Inhalt Teil u. Blatt: Alfred Scholz, Reußlin; für die Druckerei: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Hermann Müller, Tempelhofer u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

90. Sitzung Freitag, den 23. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich.

Kleine Anfrage.

Abg. Lütz (natl.) fragt, ob ein Reichsgesetz erlassen werden soll, durch welches die beschlagnahmten Vermögen von Raubentführungen nach Ablauf einer bestimmten Frist für die Reichskasse für verfallen erklärt werden, falls der Verurteilte sich nicht vorher stellt.

Ein Regierungskommissar: Die Erörterungen, die über den Gegenstand stattfinden, sind noch nicht abgeschlossen.

Der Gehörswort betreffend Änderung des Gesetzes über den Abzug von Kautschuk wird auf Antrag Spahn (Z.) debattelos einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Beratung des Etats des Reichamts des Innern

wird fortgesetzt beim Titel

Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals (11. Rate 700 000 M.)

Hierzu liegt ein Antrag Dieckhoff (Sp.), der auch von Zentrum, Nationalliberalen und Sozialdemokraten unterstützt ist, vor, zu den Kosten der Ausharbeitung von Entwürfen für die Herstellung eines Großschiffahrtsweges vom Rhein zur Donau und der Schiffarmachung des Oberrheins und seiner Verbindung über den Bodensee mit der Donau 100 000 M. einzusetzen.

Der Abg. Wassermann (natl.) und Genossen beantragen eine Resolution, die den Reichsanwalt ersucht, die Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich und die Schaffung eines Reichsamts für Wasserstraßen in die Wege zu leiten.

Eine weitere Resolution des Abg. Graf v. Westarp und Genossen (L.) mündlich die Einberufung eines Ausschusses, der prüfen soll, für welche Wasserstraßen im Interesse des Deutschen Reiches Zuschüsse aus Reichsmitteln zu gewähren sind.

Abg. Mayer-Kaufmann (Z.) befindet den Antrag Dieckhoff, die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Großschiffahrtsweges vom Rhein zur Donau über den Bodensee ist heute bereits Allgemeinut des deutschen Volkes geworden.

Abg. Feuerstein (Soz.):

Der Ausbau der Wasserstraßen vom Rhein zur Donau hat nicht nur eine große wirtschaftliche Bedeutung, sondern auch eine ganz außerordentliche militärische, wie sich gerade im gegenwärtigen Kriege gezeigt hat. Es wäre von besonderer Wichtigkeit gewesen, wenn auf diesem Wege Truppen für das Meer hätten geliefert werden und so die Eisenbahnen hätten entlastet werden können. — Dem Antrag Wassermann stimmen wir zu. Wir müssen auf dem Gebiet der Verkehrsvermittlung alles tun, was einer Rüstungsbeschleunigung entgegen wirkt. Nur wenn dies sowohl in der Kanal- wie in der Eisenbahnfrage geschieht, werden wir den wirtschaftlichen und militärischen Aufgaben der Zukunft gerecht werden. Der Antrag Westarp bedeutet lediglich eine Verzögerung der schwebenden Kanalprojekte. Wenn es der Reichstag ersucht, die Förderung der wirtschaftlichen Rüstungsmittel, so sollte sie ihren Sitz im Reichstag gegen den Ausbau der Wasserstraßen aufgeben. Wirtschaftliche Rüstungsmittel ist für uns nicht anderes, als alle wirtschaftlichen Kräfte im Frieden entwickeln. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lütz (natl.) schließt sich den Ausführungen des Vorgesetzten an. Das Reich muß den Ausbau der Wasserstraßen regeln. Dieses schone Kanalprojekt ist nicht an dem leidigen Partikularismus gebunden! Die deutschen Wasserstraßen der Zukunft müssen Reichstraßen sein.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Ein leistungsfähiger Rhein-Donau-Wasserweg ist keine bayerische, sondern eine deutsche Angelegenheit — ist doch die Donau geradezu das Zentralarterien-system des zukünftigen Mitteleuropas. Auch die anderen Kanalprojekte, der Mittelkanal, der Weiser-Rhein-Donau-Kanal und andere dürfen nicht vernachlässigt werden. Deshalb ist ein Reichsamt für Wasserstraßen, wie es der nationalliberale Antrag fordert, notwendig; überflüssig aber, ja geradezu verwerflich wäre neben solchem Amt der von den Konservativen geforderte Ausschuss, der lediglich beratend wirken könnte. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. v. Brodhagen (L.): Die preussische Regierung und das preussische Parlament haben eine weitreichende Verkehrs- und Politik getrieben, ohne um die Günstigkeit der Massen zu hinken. Dadurch hat Preußen Vorbild für die anderen Bundesstaaten gewirkt. (Zuruf links: Mittelkanal!) Sie kommen jetzt mit dem sogenannten Kanal, sagen Sie doch lieber gleich „Kanal-rebel“. Die konservative Partei hat stets alles für die Entwicklung des Verkehrs getan. (Zuruf links.) Den nationalliberalen Antrag lehnen wir grundsätzlich ab. Eine Verschleppung der Wasserstraßenprojekte bedeutet unter Antrag keineswegs.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Verhandlungen mit den betreffenden Einzelregierungen über die verschiedenen Wasserstraßenprojekte laufen noch. Ich hoffe bestimmt, in der dritten Lesung bereits über das Ergebnis Auskunft geben zu können. (Bravo!)

Abg. Dyke (Soz.) befragt über die Verbindung der Donau mit der Nordsee über die Verre. Der Verein zur Schiffarmachung der Verre hat sich die größte Mühe gegeben, dies Projekt zur Durchführung zu bringen. Ich bitte die Regierung, auch dies Projekt wohlwollend zu prüfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abstimmung über den nationalliberalen Antrag auf Schaffung eines Reichswasserstraßenamts bleibt bei schiedlicher Beratung des Zentrums, das mit der Rechten dagegen stimmt, zweifelhaft. Der Pammelsprung ergibt Annahme des Antrags mit 128 gegen 110 Stimmen.

Der Antrag Graf Westarp (L.) wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teils des Zentrums abgelehnt, der Antrag Dieckhoff (Sp.) mit großer Mehrheit angenommen. Der Rest des Etats wird debattelos erledigt. Es folgt der Etat des

Reichsjustizamts.

Der Ausschuss schlägt verschiedene Resolutionen vor:

1. Auf alsbaldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, nach dem Gewinne, die bei Kriegsverbrechen durch übermäßige Preise entstanden sind, an den Reichsiskus fallen sollen.

2. Auf alsbaldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zur wirksamen Bekämpfung des Kriegswunders, insbesondere Einziehung der erlangten wucherischen Vermögensgewinne.

3. Auf Einziehung aller durch verbotenen Handels erzielten Gewinne zugunsten des betreffenden Bundesstaates.

4. Auf weitere Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) ersucht den Reichsanwalt um Vorlegung eines Gesetzes, durch das die Rechtsverfolgung ermöglicht wird in solchen Fällen, in denen ein ordentliches und ein besonderes Gericht sich gegenseitig als zuständig und sich selbst als unzuständig bezeichnet haben.

Abg. Pöcher (Z.): Lieber das Gebahren der Kriegswucherer geht eine Empörung durch das ganze Volk. Man verlangt allgemein

Einziehung des durch Wucher gemachten Gewinns neben der Bestrafung. Möge die Regierung dieser Forderung schleunigst nachkommen. — Wir leben, daß das Völkerrecht während des Krieges in Trümmern liegt. Aber wie nach dem Kriege die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern wieder angeknüpft werden, so muß auch das internationale Recht wieder aufgebaut werden unter der Führung des siegreichen Deutschlands. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Feine (Soz.):

Auch wir wünschen, daß die Beziehungen der Nationen nach dem Kriege bald wieder so werden, daß sie das geistige Zusammenarbeiten, namentlich auch auf dem Gebiet des Rechts, ermöglichen. Aber nur auf dem Wege einer wirksamen internationalen starken Gemeinschaft wird man zu einem internationalen Recht kommen, das diesen Namen verdient. Mit denen, die keinen Frieden des Rechts, sondern einen Frieden der Gewalt haben wollen, und die jetzt schon vom nächsten Kriege reden, werden wir uns nicht verständigen können, seien sie bei uns oder bei anderen Völkern.

Der Gedanke der ersten drei Resolutionen des Ausschusses, daß der übermäßige Kriegsgewinn und Wucher nicht nur kriminal-, sondern auch mit Einziehung des wucherischen Gewinns zugunsten der Reichskasse bestraft werden soll, ist mir ganz sympathisch. Am sympathischsten ist Nr. 2, die einen Gesetzesentwurf zur

wirksamen Bekämpfung des Kriegswunders

fordert. In seiner Beurteilung sind wir wohl alle einig. Aber die Regelung in der Bekämpfung durch Bundesratsverordnungen kann ich nicht glücklich finden und noch viel ungünstlicher ist die Praxis vorgegangen. Nicht der Wucherer ist abgeschreckt worden, sondern die anständigen Kaufleute sind beunruhigt worden, weil die Juristen den Begriff des übermäßigen Gewinns ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftlichen Realitäten ausgelegt haben. Am wichtigsten scheint mir die Nr. 4 der Resolution, die das unpfändbare Einkommen weiter erhöhen will. Die Lebensmittel sind auf das Doppelte, ja auf das Dreifache im Preise gestiegen. Dreitausend Mark haben heute kaum den Wert, den noch vor 1 bis 1 1/2 Jahren 2000 M. hatten. Der Ausdruck „ähnliche Ansprüche“ neben Lohn und Gehalt in der Resolution bezieht sich in erster Linie auf die Ruhegehälter. Sie von der Judikatur nicht als Arbeits- und Dienstlohn anerkannt werden, während sie doch in Wirklichkeit nichts anderes sind. (Sehr wichtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dose (Sp.) befragt eine Resolution Müller (Reinigen) (Sp.), die auch vom Zentrum, der Deutschen Fraktion, den Polen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten unterstützt wird, in der gemindert wird, daß auch Zwangsverordnungen gegen Vorschriften auf Grund des Belagerungszustandes, wenn es sich nur um Vermögenswerte handelt, recht milde behandelt werden. Zum Teil ist die Rechtsprechung es schon, aber das allein genügt nicht, es müssen feste Normen geschaffen werden. — In rügen ist auch die übermäßige Inanspruchnahme der höheren Anstellungen durch die Staatsanwaltschaft, wenn sie bei Erhebung einer überflüssigen Anklage in der ersten Instanz abgewiesen ist und sich nun noch weiter betätigen läßt, daß sie unrecht hat. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Junk (natl.): Der Kriegswucher muß härter angefaßt werden, es gibt nichts Schlimmeres als die Rot des Vaterlandes auszumühen. Den Hauptnachdruck legen wir allerdings auf die Einziehung des übermäßigen Gewinns. Eine der ersten Aufgaben nach dem Kriege muß die Schaffung eines freien Koalitionsrechts sein. Nachdem manche Mißverständnisse auf sozialem Gebiet durch den Krieg beseitigt sind, wird eine Entwicklung des Arbeiterrechts leichter möglich sein. Auch das Tarifrecht harzt dringend der Regelung. Der Gedanke eines Reichsberufungsgerichts wird sich mit innerer Notwendigkeit durchsetzen. (Bravo! links.)

Abg. Heitschke (L.) (auf der Tribüne fast unverständlich) scheint der Resolution zustimmen.

Abg. Warmuth (D. Fr.) betont u. a. die Notwendigkeit der Erhöhung des Existenzminimums.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Die vorliegenden Resolutionen werden wenig nützen. Auch eine wirkliche Bekämpfung des Wunders wäre nur möglich, wenn von allen Kreisen der Bevölkerung gewählte Richter zu entsenden hätten. Flugblätter müssen den Drucker und Verleger enthalten, aber die Aufsätze zur Zeichnung der Kriegsanleihen enthalten Drucker und Verleger nicht. Mit der Aufforderung zu ihrer Verbreitung sind strafbare Handlungen begangen worden. Wir wissen, wie junge Mädchen behandelt worden sind, die harmlose Flugblätter verbreiteten, in denen zum Besuch einer Versammlung aufgefordert wurde. Das einzig Strafbare war das Reden des Druckers und Verlegers. Aber die Staatssekretäre, die die gleiche strafbare Handlung mit der Verbreitung der Aufsätze zum Zeichen der Kriegsanleihe begangen haben, sind überhaupt nicht unter Anklage gestellt worden. Bei ihnen hat der Staatsanwalt also wohl angenommen, daß sie so hoch seien, daß sie das nötige juristische Verständnis nicht haben. (Heiterkeit.) Gegen die Klassenjustiz haben Resolutionen keinen Zweck, die Grundlage muß zerstört werden.

Weiter frage ich den Staatssekretär, was er gegen die Reichsanwaltschaft zu tun gedenkt, die ihr Ansehen herabgesetzt hat. Meine Freunde Eichhorn und Weise waren wegen Hochverrats angeklagt, wurden aber vom Reichsgericht freigesprochen und von dem Richter mit den Worten entlassen: „Sie sind frei. Sie können gehen.“ Auf dem Korridor erklärte ihnen aber der Reichsanwalt, er könne sie nicht freilassen, er müsse sie auf Requisition des Oberkommandos in den Marken in militärische Schutzhaft nehmen. Hat der Staatssekretär Schritte gegen diesen Liebergriff des Generalkommandos getan und hat er Stellung genommen zu dem Verhalten des Reichsanwalts, der entgegen dem Wunsch des höchsten Gerichts die militärische Requisition für hinreichend erklärt, um die Betreffenden in Schutzhaft zu nehmen? Der Klassenjustiz können Sie nur entgegenzutreten, wenn Sie aufhören, die herrschende Klasse als die allein bestimmende anzusehen. Gerade im Kriege hat sich gezeigt, welches Unheil die Politik dieser herrschenden Klasse über Deutschland gebracht hat. (Zuruf.) Beweis, es gibt Imperialisten, Kapitalisten und Kriegshäher auch außerhalb Deutschlands, und ich bekämpfe sie auch dort. Machen Sie kurzen Prozeß mit den Kriegshägern und mit dem Kriege. (Lebhafter Beifall bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Vaco: Die Auffassungen des Vorgesetzten werden von der großen Mehrheit des Hauses wohl nicht geteilt. In dem Falle Eichhorn war es ganz selbstverständlich, daß der Reichsanwalt dem Erlaß des Oberkommandos in den Marken nachkam. Liebergriff von Eichhorn nicht freigesprochen, sondern verurteilt, und es wurde nur die Strafe als durch die Unterzeichnung als verhängt erachtet. Gegen die Abführung in Schutzhaft stand ihm auf Grund des im Dezember 1916 vom Reichstag angenommenen Gesetzes das Rechtsmittel der Befreiung zu.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Sonnabend 11 Uhr. (Vorher Befehl über die Verabreichung der Mundstücken im Militärkrankenhaus.)

Schluß 7,7 Uhr.

Schutzhaftdebatte

im Hauptauschuß des Reichstages.

Auf Freitag wurde die Aussprache über die Vorgänge in Elßah-Lothringen fortgesetzt.

Abg. Daus (Elßah) führte gleichfalls eine große Reihe von Einzelfällen an, in denen dieselben Mißstände sich zeig-

ten, wie in den am Donnerstag von anderen Rednern vorgebrachten Beispielen. Dann ging er noch ausführlich ein auf den Fall des Abg. Lebègue, der ebenfalls aus seinem Heimatort ausgewiesen sei und jetzt auf einem kleinen Heden in Bonnern seinen Zwangsaufenthalt habe.

Abg. Müller-Reinigen: Die Vorgänge in Elßah-Lothringen seien überaus bedauerlich. Das Spitalwesen dürfe nicht so weiter bestehen bleiben; wegen der Gefinnung allein dürften nicht so schwere Maßnahmen durchgeführt werden. Der Fall Lebègue beweise, welche Stimmung in gewissen Kreisen gegen den Reichstag herrsche. Auch gegen elßah-lothringische Soldaten werde bei der Bewilligung von Urlaub heimlich vorgegangen. Man erschwere den Leuten, nach ihrem Heimatort auf Urlaub zu gehen.

Der Kriegsminister: Bei der Schutzhaft möge man berücksichtigen, daß diese Maßnahme auch zum Schutze der Verhafteten durchgeführt werde. (Allgemeine Heiterkeit und lebhafter Widerspruch.) In der Natur der Sache liege es, daß die Schutzhaft auch in solchen Fällen durchgeführt werde, in denen eine gerichtliche Verurteilung nicht erfolgen kann, in denen es sich also nicht um ein strafbares Vergehen handele. Dann schließt der Kriegsminister eingehend daß er selbst beabsichtigt habe, wie wenig deutschfreundlich ein Teil der elßah-lothringischen Bevölkerung sich benommen habe. Das wolle naturgemäß auch die Behörden ein. Von den geprüften Briefen seien nicht weniger als 90 Proz. festgehalten worden, in welchen Soldaten von ihren Angehörigen zur Flucht aufgefordert wurden. Derartige Erörterungen erklären es, daß in bezug auf die Verurteilung elßah-lothringischer Soldaten in ihre Heimat Schwierigkeiten herrschen werden.

Oberst v. Wriedberg: Ende November 1914 sei eine Besatzung eingegangen, in der die Fälle angeführt seien, die der Abg. Wendel am Donnerstag vorgebracht habe. In der Tat seien die Verhältnisse nicht so gewesen, wie es wünschenswert ist; aber so schlimm, wie sie der Abgeordnete Wendel dargestellt habe, war es nicht. Der Abg. Lebègue könne sich in dem Ort, wo er seinen Zwangsaufenthalt habe, vollständig frei bewegen.

Abg. Böhle (Soz.): Nach den Antworten, die soeben gegeben wurden, habe er keine Hoffnung, daß durch die jetzige Aussprache die Zustände besser würden. Ganz besonders erhebe er Einspruch gegen die Wendung des Kriegsministers, daß die Schutzhaft auch zum Schutze der Verhafteten

sei; in Wahrheit würden durch die Maßnahme die Betreffenden oft genug in ihrer ganzen Existenz zugrunde gerichtet. Mit den Verurteilungen der Elßah-Lothringer stehe es so, daß dann, wenn die Soldaten wegen ihrer Unfähigkeit und Unzuverlässigkeit von ihrer Militärbehörde den Urlaub gewährt bekommen, immer erst die Erlaubnis des Gouverneurs ihres Heimatortes eingeholt werden muß. Diese aber wird in sehr vielen Fällen verweigert; für die Verweigerung ist maßgebend der Bericht der Heimatbehörde. Dieser Bericht wird aber aufgestellt von irgend einem Revier-Schulmann in der Stadt oder von irgend einem Gendarm auf dem Lande. Bei diesem Verfahren ist es klar, daß sich überall Mißgunst und Erbitterung zeigt. Ganz unglaublich erlaube ich, daß in 90 Proz. der geprüften Briefe zur Fahnenflucht aufgefordert werde. Wenn aber wirklich so etwas mal vorgekommen sein sollte, so erkläre ich das eben aus der Wirtschaft, die jetzt in Elßah-Lothringen herrsche. Alle Vermögenswerte, Abfälle zu schaffen und offene Angelegenheiten zu beilegen, waren ohne Erfolg. Auf seine wiederholten Vorstellungen bei den Militärbehörden habe er zu hören bekommen: was können und die politischen Folgen, wir sorgen nur für den Schutz des Militärs, das übrige geht uns nichts an. In Elßah-Lothringen sei anfangs eine große Begeisterung für den Krieg gewesen.

Viele Tausende Freiwillige

hätten sich gemeldet. Die Stimmung sei umgeschlagen gerade durch das Verhalten des Militärs, demgegenüber die Geduld der Bevölkerung geradezu zu Schanden sei. Jetzt aber kommt es darauf an, daß der Reichstag endlich eingreife.

Abg. Reibel (L.) gibt zu, daß Härten vorgekommen seien. Er sei aber im allgemeinen durch die Ausführungen des Oberst Wriedberg davon überzeugt, daß die scharfen Maßnahmen meistens durchaus notwendig waren. Ganz frei von Schuld seien die Elßah-Lothringer doch nicht. Das zeigen die Fälle der Abg. Weill und Wetterle.

Abg. Lehmann (Z.): Mit allem Nachdruck müßte gegen den Mangel an Aufwand, an Sinn für Freiheit und Gerechtigkeit aufgetreten werden, der sich bei der Durchführung der Schutzhaft und der Ausweisungen zeige. Die Mitteilungen des Oberst v. Wriedberg seien durchaus nicht befriedigend. Auch in Ostpreußen herrschten anfangs traurige Zustände. Zu wünschen wäre es, daß irgendwelche Befehle erreicht worden ist. In Falle Lebègue muß der Reichstag seiner selbstwillen entscheiden auftreten. Elßah-Lothringen sei ein unglückliches Land. Zunächst sei ein ganz verheerendes Regierungssystem eingeschlagen worden, und jetzt habe die Militärjustiz eingeseht. Dazu sei nun noch in der letzten Zeit der Fall der Universitäts-Straßburg gekommen. Bei der Wahl des Rektors sei die katholisch-theologische Fakultät an der Spitze gewesen; trotzdem sei nicht ein Mitglied der katholisch-theologischen Fakultät gewählt worden, sondern ein Mitglied der protestantisch-theologischen Fakultät. Auskunft müßte gegeben werden, nach welcher Art die Ausweisungen-Erlasse aufgestellt worden seien. Wenn der Reichstag nicht die Sicherheit hat, daß die jetzt vorgebrachten Mißstände aufgehoben werden, so erwacht ihm die Pflicht, die ganzen bösen Sachen im Plenum eingehend vorzutragen. Aufklärung muß geschaffen werden, dem furchtbaren Unrecht muß ein Ende gemacht werden, und es muß dafür gesorgt werden, daß das, was der Krieg notwendig mache, in der humansten Weise durchgeführt werde.

Abg. Wittmann (Soz. Arb.): Was der Vorgesetzte zuletzt gesagt habe, sei das Entscheidende; die Generalkommandos und das Reichsmilitärgericht haben nicht den guten Willen, den Bestimmungen der Schutzhaftgesetze Folge zu leisten. Ausgeschlossen ist, daß die Mitteilung, die dem Kriegsminister gemacht worden ist, richtig sei, daß 90 Proz. der geprüften Briefe die Aufforderung zur Fahnenflucht enthielten. Die Briefe müßten offen geprüft werden, und es unvorstellbar würden doch nicht die Schreiber sein, eine so strafbare Handlung zu begehen, die ihre Verurteilung sicher zur Folge haben müßte. In wie vielen Fällen seien denn die Briefschreiber wirklich bestraft worden? Der Reichstag habe jetzt schon immer wieder und wieder über diese unerhörten Vorgänge verhandelt, und doch sei keine Besserung eingetreten. Es sei zu befürchten, daß auch diesmal wieder die Verhandlung ohne jeden Erfolg sein werde.

Der Kriegsminister sagt noch einmal zu, daß alle Fälle untersucht werden. Es sei bei der großen Zahl von Besatzungen aber unmöglich, daß jede Besatzung sofort beantwortet werde; in vielen Fällen ziehe sich die Erledigung einige Zeit hin.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstag könne das Vertrauen haben, daß alle Fälle untersucht werden und daß in jedem einzelnen Fall die nötige Abhilfe geschähe werde. Das Gesetz stelle für die Zukunft vollkommene Sicherheit, daß Härten nicht mehr vorkommen. Er könne, genau so wie es der Kriegsminister getan habe, ausdrücklich sagen, daß für die richtige und

unbedingte Durchführung der Gesetze

gesorgt werde. Unter diesen Umständen bitte er, von einer Verprochung der Einzelheiten in der Öffentlichkeit abzussehen. Den Fall an der Straßburger Universität beobachte er sehr. Er habe dem Staatshalter einen Bericht überlassen, und könne auf Grund dieses Berichtes bekunden, daß es sich nicht um einen Konfessionsstreit handelte.

Die Verhandlungen wurden abgebrochen und nach kurz die Angelegenheit mit dem Hotel Cumberland erledigt. Dazu wurde der Antrag des Berichterstatters, des Abg. Erzberger, an-

genommen, daß in den Haushaltsplan für die Verwaltung des Reichswehres eingestellt werde der Betrag für den Ankauf des ehemaligen Gafels Gumbelndamm am Kurfürstendamm als Geschäftsräume für das Kriegsamt.

Die nächste Sitzung: Sonnabend 9 Uhr. Zweite Lesung der Steuererträge.

Parlamentarisches.

Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens.

Die Nationalistische Volkspartei hat folgende Resolution eingebracht: Dem Herrn Reichskanzler zu erlauben, 1. dem Reichstag mit möglicher Beschleunigung eine Denkschrift über die vorläufigen finanziellen und wirtschaftlichen Wirkungen und Ergebnisse einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens unter Einbeziehung des Vinnentwassertrahnenwesens vorzulegen; 2. zur Vorbereitung und Befassung dieser Denkschrift eine Kommission zu ernennen, die durch sachverständige Mitglieder des Wirtschaftslebens, Parlamentarier, sachverständige Beamte und Vertreter des Großen Generalstabs zu bilden ist.

Herr v. Batsch über die Änderungen in der Lebensmittelversorgung.

In der Freitagssitzung des Reichstagsausschusses für Ernährungsfragen erörterte der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batsch, zunächst Bericht über die neuen Maßnahmen in der Lebensmittelversorgung. Nach seinen Ausführungen müssen wir damit rechnen, daß vom 15. April ab unsere Brotration um ungefähr ein Fünftel herabgesetzt wird. Zur Begründung der Maßnahmen wurde vom Redner angeführt, daß man bei der starken Zufuhr, über die bis in den Januar hinein die Reichsgesetzgebung verfügte, sich der Hoffnung hingeben durfte, daß wir über eine gute Ernte verfügen. Die Behandlungsaufnahmen, die jetzt erfolgt seien, haben ergeben, daß wir leider in unsere Besätze stärker eingegriffen haben, als nach der Berechnung vorausgesehen werden konnte. Es habe sich ergeben, daß bei der Ausgabe der Brotkrumen nicht die nötige strenge Kontrolle geübt worden sei. Es sind, wenn wir die Ergebnisse der Vollzählung berücksichtigen, ungefähr

vier Millionen Brotkrumen mehr

ausgegeben, als bei der letzten Zählung Personen gezählt wurden. Die Bestandaufnahme sei zwar noch nicht ganz sicher, aber es habe sich ergeben, daß doch schon ein beträchtliches Manko festzustellen ist für die Zukunft gerechnet werden müsse. Es man erwarten, daß die Ertragsmisse, die für die nächsten Monate eintreten müssen, fortzusetzen, hängt ganz

vom Ergebnis der Nachprüfung

der bisherigen Schätzung. Ergibt sich ein größerer Bestand, so wird man die unangenehme Maßnahme der Kürzung der Brotration wieder aufheben können. Es habe auch eine größere Manufakturen der Weibbestände dadurch stattgefunden, daß wir die Kartoffelproduktion im Oktober aufgeben mußten, da und bei der ungünstigen Ernte nicht die genügenden Mengen zur Verfügung standen. Als Ersatz wurde bisher Getreide genommen. Das wird nicht mehr möglich sein, da auch hier keine großen Bestände zur Verfügung stehen und die Getreide zu Rohmitteln verwendet wird. Es muß deshalb die bisher getriebene Reduktion von 200 Gramm pro Kopf und Tag um 30 Gramm gekürzt werden. Das bedeutet eine Minderung der Brotration um ungefähr ein Fünftel. Desgleichen muß die Ration für Säuglinge und Schwerkranker um 25 Proz. herabgesetzt und die Zulage für Jugendliche aufgehoben werden. Für die Selbstversorger (Landbevölkerung) muß gleichfalls die Ration um 25 Proz. gemindert werden. Es sei anzunehmen, daß die Ernte ungünstiger war als man annahm, und wahrscheinlich

auch ein Teil des Brotgetreides verfault

worden ist. Der schwere Eingriff in die Ernährung soll gemildert werden durch vermehrte Ausbeutung anderer Nahrungsmittel.

Die Bestandaufnahme der Kartoffeln sei im Ganzen. Das bisherige Resultat sei günstig. Es seien große Bestände vorhanden, die man nicht erwartet habe. Zum Glück seien nicht so viele Kartoffeln verloren, als man befürchtete. Somit wird es möglich sein, pro Woche auf die Ration von 5 Pfund pro Kopf der Bevölkerung wieder hinaufzugehen. Sobald es die Witterung zuläßt, wird die Zufuhr der Kartoffeln mit Eifer betrieben werden. Bevor die Kartoffel-Verlieferung nicht gegeben werden kann, soll auch die Brotration nicht herabgesetzt werden.

Godann werde man der städtischen Bevölkerung pro Kopf und Woche eine Erhöhung der Fleischration um 250 Gramm zukommen lassen; für Kinder unter 6 Jahren soll die Hälfte gewährt werden. Um der ärmeren Bevölkerung den Kauf von Fleisch auch zu ermöglichen, soll für dieses Quantum Fleisch durch einen Zuschuß aus Reichsmitteln der Preis erheblich gesenkt werden. Von diesem Vorteil der niederen Preislage sollen die Wohlhabenden ausgeschlossen sein. — Die Debatte über den Vorschlag wird erst in der nächsten Sitzung am Montag, den 26. März, erfolgen.

Heimarbeiterfragen.

Der Ausschuss für Petitionen an den Reichstag verhandelt am Freitag über eine Anzahl Eingaben von sozialpolitischer Bedeutung. Die Gesellschaft für soziale Reform, der Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinteressen, die Generalkommission der Gewerkschaften und die Zentralleitung aller Gewerkschaftsvereinigungen fordern die Regelung der Arbeitsfrage und der Bezahlung in der Heimarbeit. Reichs- und staatliche Beamten sollen bei Vergütung von Heimarbeit die Organisations der Heimarbeiter und gemeinnützige Vereine besonders berücksichtigen. Es sollen die erforderlichen Rohstoffe geliefert, die Aufträge möglichst lange befristet werden. Kommen Privatunternehmer in Frage bei Vergütung von Heimarbeit, so sollen solche Berücksichtigung finden, die die Arbeit ausführen und nicht an andere Unternehmer weitergeben. Bevorzugt werden sollen bei Vergütung von Aufträgen Organisationen und Firmen, welche die gewerkschaftlichen Tarife anerkennen. Beim Fehlen von Tarifvereinbarungen muß von den Behörden der zu zahlende Lohn nach Anhörung der beteiligten Unternehmer- und Arbeiterorganisationen festgesetzt werden. Bei Vergütung von Teilarbeit sind die Löhne der einzelnen Teilarbeiter der ausübenden Behörde zur Genehmigung vorzulegen. Beim Ankauf fertiger Waren durch Behörden, Verwaltungen haben die Verkäufer den Nachweis zu führen, daß die Arbeitslöhne den in den sonstigen Verfügungsbedingungen vorgeschriebenen Bestimmungen entsprechen. Die an die Heimarbeiter zu zahlenden Löhne sind in den Ausgaben- und Einnahmestellen von Heimarbeit gut sichtbar auszuhängen. Den Heimarbeitern sind Lohnbücher in der Art, wie sie § 114 der Gewerbeordnung vorschreibt, einzuhändigen. Die ausübende Behörde hat selbst oder durch Beauftragte Einsicht in die Lohnbücher zu nehmen.

Vom Vertreter der verbündeten Regierungen wurde betont, daß seit Kriegsausbruch die Forderungen vermindert seien. Zu weiterer günstiger Behandlung und Erleichterung sei die Regierung geneigt. — Die Kommission beschloß einstimmig Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Eine Eingabe des Gewerbevereins (S. 2.) fordert die Einführung eines Reichs-Einstellungsausschusses. — Der Vertreter der verbündeten Regierungen führte aus, daß die Forderung für den Kriegsdienst durch Bestimmungen des Gesetzes für den deutschen Hilfsdienst erfüllt sei. Die Kommission beschloß einstimmig, die Eingabe zur Berücksichtigung zu überweisen.

Unter Berücksichtigung des Deutschen Frauenhilfsvereins und des Reichswehres, die nach Beendigung des Krieges den Frauen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstag verleiht werden. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Eingabe unter Zugewinnung eines Regierungsvertreters zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde abgelehnt und darauf einstimmig die Ueberweisung zur Kenntnisnahme beschlossen.

Gerichtszeitung.

Honorarforderung eines weiblichen Detektivs.

Einen interessanten Einblick in den Geschäftsbetrieb einer Detektiv-Gesellschaft gewährt eine Verhandlung der 1. Kammer 1 des Berliner Obergerichts. Die Klägerin, Fräulein A., war in der Detektiv des Beklagten G. angestellt. Sie ist, wie der Beklagte angibt, eine tüchtige Kraft in ihrem Fache und erhielt deshalb den Auftrag, zum Zweck eines Ehescheidungsprozesses Beweismaterial für den Ehebruch der betreffenden, in Köln wohnhaften Frau herbeizuschaffen. Zwei Angestellte des Beklagten G. hatten in dieser Sache schon gearbeitet, ohne ein Ergebnis erzielt zu haben. Fräulein A. reiste nach Köln, mietete bei der Frau, die sie zu beobachten hatte, ein Zimmer und hatte in vierzehn Tagen ausreichendes Material gegen dieselbe gesammelt. Im Gehalt und Speise für die Zeit ihres Aufenthalts in Köln bekam Fräulein A. 12 M. pro Tag. Das reichte aber nicht aus, um die Ausgaben zu decken, die sie im Interesse ihrer Tätig-

keit hatte machen müssen. Fräulein A. forderte noch 46,50 M., die sie für Fahrgehalt und sonstige Speisen in Köln aufgewandt hatte. Der Beklagte G. lehnte aber die Zahlung dieses Betrages ab mit der Begründung, in dem Tageslohn von 12 M. seien sämtliche Speisen inbegriffen. Außerdem forderte Fräulein A. noch 150 M., die ihr als besonderes Honorar für den Fall der erfolgreichen Ausführung des Auftrages vom Beklagten zugesichert worden waren. Der Beklagte behauptete dagegen, das Extrahonorar von 150 M. sei erst fällig, nachdem er von seinem Auftraggeber das vereinbarte Honorar erhalten habe und der Auftraggeber sei zur Zahlung des Extrahonorars erst dann verpflichtet, wenn keine Ehe auf Grund des ihm gelieferten Materials geschlossen sei. Ob dies inzwischen geschehen, wisse er, der Beklagte, nicht. Jedenfalls habe er das Honorar von seinem Auftraggeber noch nicht erhalten. Wenn er es bekommen habe, werde er der Klägerin die 150 M. zahlen. — Die Klägerin meinte dagegen, mit dem erfolgreichen Abschluß ihrer Tätigkeit sei das Extrahonorar bereits fällig gewesen. Uebrigens habe sie durch Nachfrage bei dem Auftraggeber erfahren, daß dieser dem Beklagten bereits 1100 M. für Speisen und Unkosten bezahlt und für das Honorar ihm eine Lebensversicherungspolice auf 1000 M. versichert habe. Der Beklagte sei also gedankt, während sie als Angestellte gar keine Sicherheit für ihre Forderung habe. Da der Auftraggeber Speisen und Unkosten — wozu doch auch ihr Honorar gehörte — bezahlt habe, könne sie auch die Ausgaben des ihr zugesicherten Honorars beanspruchen.

Nach längerer Verhandlung erkannte der Beklagte die Speiseforderung von 46,50 M. an und verpflichtete sich, von dem Extrahonorar sofort 75 M. und bis zum 1. Januar die übrigen 75 M. an die Klägerin zu zahlen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Albert Bihan
Bergr. 42
am 20. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonnabend, den 24. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Golgatha-Kirchhofes in der Sauerstraße 132/7. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.
22. März 1917.
Am 22. März starb unser Mitglied, der Bagger
August Grasse.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 25. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Himmelsburger Gemeinde-Friedhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
144/11. Die örtliche Verwaltung.

Am 20. März verstarb plötzlich unser Kollege, der Buchbinder
Neske.
Die Beerdigung findet heute
Sonnabend, 24. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem neuen Gemeindefriedhof in Reuthof, Marienborser Weg, Hpt. 20655b
Das Personal d. Buchdruckerei
H. S. Hermann.

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker
Berlin und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser lieber Kollege
Karl Kussin
dem Helfriege zum Opfer gefallen ist.
Rege Beteiligung erwartet
132/7 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 22. März meine innig geliebte Frau, unsere herzensgute Tochter
Johanna Feindt
geb. Harndt
nach kurzem, schwerem Leiden den Folgen einer Blinddarmentzündung erlegen ist.
Um stille Teilnahme bitten
Mitt. Feindt, Herm. Barndt, Auguste Barndt.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 25. d. M., mittags 12.30, von der Halle des Tegeler Gemeindefriedhofes aus statt.

Glühpunsech
Liter 2,00 M.
1 Teil Punsch, 2 Teile siedendes Wasser ergeben ein herrliches süßes Getränk. Billiger als Bier, Kaffee, Tee usw. Ein Glas warmes stellt sich auf 3 Pl.
das beste tägliche Getränk in jedem Haushalt
Es wird heiß geboten, möglicherweise Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen
Neu eingeführt:
Himbeer- und Apfelsinen-Gelee.
H. Krömer,
Berlin N., Oranienburger Str. 66
2. Verkaufsstelle:
Reinickendorfer Straße 102.
3. Verkaufsstelle:
Andreasstraße 78.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe, Enkel, Neffen und Schwiegersohn, der Musikleiter
Karl Decker
Bismarck-Regl. Nr. 157
im höchsten Alter von 23 Jahren durch Granat-Boßtreffer am 22. März 1917 gefallen ist; er folgte seinem vor 3 Jahren gestulenen Bruder Otto.
In namenlosem Schmerz die Hinterbliebenen:
Karl Decker als Eltern.
Henriette Decker als Eltern.
Wilhelm Decker als Bruder.
Paul Decker als Bruder.
Marg. Decker als Schwester.
Anna Schadow als Schwägerin.
Richard Schadow als Schwager.
Hermann Wernau als Bruder, zurzeit im Felde.
Elisette Wernau als Schwägerin.
Paul Decker als Onkel.
Otto Decker als Bruder.
Wilhelm Decker als Bruder.
Alfred Decker als Bruder.
Kustav Wernau als Cousin.
Georg Herrmann als Schwager.
Emma Herrmann als Mutter.
Margarete Herrmann als Braut.
Erna Herrmann, Schwägerin.
Zu holt den Frieden, wie den Schmerz.

Reuters Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Nimm Gichto-Rheumin bei
Gicht, Rheumatismus und Nervenschmerzen.
Glänzend begutachtet und bewährt!
In allen Apotheken erhältlich, in Tabletts zu 2 Mk. und Salbe zur Massage zu 1,50 und 2,50 Mk.
H. Wunderlich, Apoth., Gera-R.
Wittos Apotheke, Engel-Apotheke, Kreuzberg Apoth., Fürst-Bismarck-Apotheke, Apotheke zum gekrönten Schwarzen Adler, Zions-Apotheke.

Möbel-Beiser
Lothringer Straße 67
Liefert auf
bequemste Teilzahlung
und gegen bar
Wohnungs-Einrichtungen
Riessenauswahl komplett aufgestellter
Wohn-, Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer
in jeder gewünschten Holz- und Stilart. 104L
Sinzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen.
Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet!

Prachtvolle Neuheiten!!!
Reizende Kostüme und Mantelkleider!
Kammgarn, Halbe, Phantasie-stoffe, wundervolle Modelle aus erster Meisterhand in Stoffen sowie sozialer Ausführung, erstklassige Stoffe.
200,- 180,- 150,- 100,-
Solide Kostüme, reizend ausgeführt, auch jugendliche Nachleseformen.
95,- 80,- 65,- 50,- 35,-
Feinkörper (Cormorant) und Phantasie-stoff-Mantel, Glockenformen, Mantelkleider in verschiedenen Längen 100,- 75,- 50,-
Reizend mit leuchtendem Gürtel, U-Bootsragen 65,- 50,- 35,-
Pelzmäntel — Plüschmäntel — Ulster.
Kostbare Pelzmäntel, beste Felle, Persischer, sozial, Elektrik, Ureitschwanz, verschiedene Längen.
1200,- 800,- 600,-
Phantasie-Pelzmäntel, ziemlich lang.
270,-
seidenrocke Modelle 80,-
seidenkleider 150,- 100,- 60,-
Assessores für silberne Figuren vorrätig.
L. Geoschalt
Mohrenstraße 57a.
Sonntags geöffnet
12—2 Uhr.
L. Geoschalt
Gr. Frankfurter Str. 115.
Westmann
Rahmstädter Markt der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Lichtenberg.
Bekanntmachung
betreffend
die Ergänzungswahl der Vertreter der Versicherten zum Ausschuss der Kasse für die Zeit bis zum 31. Dezember 1917, und zwar von 25 Vertretern und 120 Ersatzmännern.
Durch Ausschreiben aus der Mitglieder- und Einzahlung zum Herrenschein sind die auf Grund des § 97 der Statuten gemählten Vertreter und Ersatzmänner der Versicherten beratig bestimmt, daß sich eine Nachwahl erforderlich macht.
Die Wahl findet am 7. Mai 1917, nachmittags von 5 bis 8 Uhr, im Kassenlokal in Berlin-Lichtenberg, Magdalenenstraße 15/16, Aufgang 16, statt.
Die Versicherten haben das Wahlrecht in eigener Person auszuüben. Wähler sind nur volljährige Deutsche.
Wahlberechtigt sind nur volljährige Versicherte.
Die Wahl ist geheim. Gewählt wird nach dem Grundprinzip der Dreistimmigkeit.
Besondere Wählerlisten werden nicht aufgestellt.
Als Wählerlisten dienen die Mitglieder- und Mitgliederbeiträge der Kasse. Die Einsichtnahme in dieselben ist bis zum Tage der Wahl in den Geschäftsräumen der Kasse gestattet. Einzelne Einsichtnahme gegen die Richtigkeit der sich aus dem Mitglieder- und Mitgliederbeiträge ergebenden Zahl- und Stimmberechtigung sind bei Vermeidung des Ausschlusses zulässig: nur Wochen vor dem Wahltag unter Befugnis von Gemeindevorstand bei dem Vorstände anzubringen.
Der Wahlvorgang ist belanglos, die Zahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlberechtigung zu prüfen. Es empfiehlt sich daher, einen Ausweis (letzte Quittung über bezahlte Beiträge, Bescheinigungen über die Mitgliedschaft vom Arbeitgeber) mitzubringen. Eine weitere Bescheinigung der Wähler findet nicht statt. Das Nähere über die Wahlberechtigung ist aus § 97 der Statuten, über die Aufstellung der Wahlberechtigten und den sonstigen Gang der Wahl aus der Wahlordnung zu ersehen. Versicherte, die noch nicht im Besitz einer solchen sind, haben Abschrift in unserer Geschäftsstelle zur Verfügung.
Die Wahlberechtigten müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen mindestens 50 Stimmen unterzeichnet sein.
Wir fordern nunmehr die Wähler auf, bis spätestens den 7. April 1917 Wahlberechtigten beim Kassenort einzureisen. Bei Stimmberechtigung sind die Wähler an diese Wahlberechtigten gebunden.
Der Vorstand
der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg.
O. Seikel, Vorsitzender.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am
Eisenbahnhof!
Behandlung von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleid., Ipe, Gonorrhoe, Weiblich-Pala-Puren, Inzest, alle, fürstliche Behandlung ohne Berufshilfe, Blutunterstützung, Wdr. Greife, Teilzahlung, Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonn. 11—1.
Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.
Spezialbehandlung

Mutter und Kind.

Die 16. Kommission behandelte am Freitag die Vorschläge ihrer Unterkommission für den Schutz von Mutter und Kind...

Als Referent ging Abg. Dr. Quard (Soz.) davon aus, daß sich die Kommission bewußt sein müsse, unter wie schwierigen Umständen sie an die Arbeit gehe...

bei einem reinen Gehaltlosen angenommen, das zu vermeiden sei. Redner verliest eine Darstellung des Reichstages des Innern...

den Herrn Reichsminister zu ersuchen: A. möglichst bald beim Reichstag Gesetzesvorlagen zu machen oder Bundesratsbeschlüssen unter nachträglicher Vorlegung an den Reichstag zu veranlassen...

B. durch Einwirkung auf die Bundesregierungen ein einheitliches und durchgreifendes Vorgehen aller beteiligten Verwaltungsbehörden zu veranlassen:

1. in der Aufnahme „antidatiger Lohnaufsätze“ namentlich für die weibliche Arbeit in alle behördlichen Lieferungsverträge; 2. in der Verbeibaltung und dem Ausbau der im Kriege zwischen dem Unternehmer und Arbeiterorganisationen...

In der ausgedehnten Generaldiskussion stimmten sämtliche Redner dem Referenten zu. Ein mittelmäßig erscheinender Regierungsvertreter sagt für die nächste Sitzung die gewünschten Angaben über die Arbeiterzuschüsse...

Aus Groß-Berlin.

Endgültiger Beschluß über Brotförmung und Ersatzmittel.

Seit's Telegraphen-Bureau teilt mit: Wie bereits in der Presse bekannt gegeben, muß mit Rücksicht auf das Ergebnis der am 13. Februar ausgeführten Getreidebestandsaufnahme...

Was im allgemeinen zu der Förmung der Brotkrone zu sagen ist, haben wir bereits im gestrigen Leitartikel ausgedrückt. Wir wollen nochmals betonen, daß alles darauf ankommt, die Ersatzmittel zeitig und in der versprochenen Menge heranzuschaffen...

Was ist Kettenhandel?

Diese Frage beantwortet ein Buch: „Der Kettenhandel als Kriegsercheinung“, das von der Regierung empfohlen wird, weil die darin vertretenen Anschauungen der amtlichen Auffassung entsprechen. Unter Kettenhandel versteht man die Einschlebung solcher Zwischenhändler in den Weg einer Ware vom Erzeuger zum letzten Verbraucher...

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Anmeldefrist für den Bezug eines Huhns oder eines Kaninchens am heutigen Sonnabend abläuft. Die Anmeldungen sind bei den Brotkommissionen anzubringen...

Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfallen auf den Abschnitt Nr. 51 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Weizen und auf den Abschnitt Nr. 52 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Weizen...

Weißbrot nicht mehr unter 500 Gramm. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Wie bekannt, haben nach Vereinstimmung der Scharpe bestmöglicherweise zahlreiche Personen von ihren Vätern verlangt, sie sollten ihnen täglich eine oder mehrere runde Weißbrotkränze zu 50 Gramm liefern...

Keine Kartoffeln für Branntweinproduktion. Durch Verordnung des Reichsministers wird bestimmt, daß Kartoffeln im Wirtschaftsjahr 1916/17 nur Branntwein nur verarbeitet werden dürfen...

Richtpreise für Gemüsepflanzen. Ein von der Vertreterversammlung der Brandenburgischen Obst- und Gartenbauvereine ernannter Ausschuss hat Richtpreise für Gemüsepflanzen festgelegt...

Table with 2 columns: Gemüseart and Preis. Items include Kohlrabi, Salat, Blumenkohl, Grünkohl, Kohlraben, and Sellerie.

Für pilzerle Pflanzen ist ein Zuschlag von 20 Proz. festgelegt.

Frauen für ehrenamtliche Arbeit von der Kriegsamtsstelle gesucht.

Frauen, die freie Zeit haben und ehrenamtliche, d. h. völlig unentgeltliche Arbeit in der Wohlfahrtspflege übernehmen wollen, werden von der Kriegsamtsstelle in den Marken gesucht. Insbesondere werden zurzeit Frauen gesucht zur Hilfe für die Massenpflegungen in Kinderheimen und Kinderdörfern...

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Frauen, die in ähnlicher ehrenamtlicher Tätigkeit sind, in diesen unter allen Umständen verbleiben sollen. Ein Wechsel der Arbeitsstelle muß unbedingt vermeiden werden.

Eine neue Verteuerung der Lebenshaltung des Arbeiters bringt die geplante Besteuerung der Straßenbahnen, trotzdem die Arbeiterkarte ausdrücklich als steuerfrei bezeichnet ist. Vor dieser Zerschlagung muß gewarnt werden. Die Arbeiter-Passscheine der Straßenbahnen sind viele Gesellschaften kennen diese Ermäßigung überhaupt nicht...

Der Berliner Verkehrsverein für die sechste Kriegsanleihe veranstaltet am morgigen Sonntag, mittags 12 Uhr, eine öffentliche Kundgebung im Circus Busch zugunsten der Anleihe. Überbürgermeister B e r m u t h und Finanzminister L e n g e werden Anreden halten.

Ein Teller Suppe 1,50 M.! Auf der Speisekarte des Bierhauses zum Weihenstephan stand zu lesen: „Ein Teller Hausmannskost, rüchlich Einlage 1,50 M.“ Ich bestellte mir diese Hausmannskost und erhielt einen Teller Suppe mit in Streifen geschnittenem Würstchen, drei Möhrchen und Gemüse...

widerte er, sei eben das Gemüse; von Fleisch stünde doch nichts da; ich habe ja auch keine Fleischkarte abgeben brauchen. — So! — antwortete ich — wie können Sie denn für einen solchen sinnlichen Teller Suppe 1,50 M. fordern; der ist doch mit 50 Pf. bezahlt! — Es ist eben Fleischbrühe wurde mir verklärt. Damit war das Gespräch beendet. Die „Einlage“ wog genau acht Gramm.

Die Ausfertigungsstellen für Kleiderbezugscheine haben in den letzten Wochen einen ganz außerordentlichen Andrang zu bewältigen gehabt. In einigen Ausfertigungsstellen ist man — endlich — dazu übergegangen, die Bureauzeit beträchtlich zu erweitern und den Betrieb während des ganzen Tages von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends ohne Unterbrechung durchzuführen...

Vorabsetzung ganzer oder halber Abteile werden von jetzt ab seitens der Eisenbahndirektionen grundsätzlich abgelehnt. Nur in besonderen Ausnahmefällen, wenn ein öffentliches Interesse hierfür vorliegt, ist die Freistellung auf Grund einer besonderen Ermächtigung der Eisenbahndirektion statthaft.

Bergweilungsdatt einer Verlassenen. Eine erschütternde Tragödie hat sich in der vorletzten Nacht in Kiebitzschneewitz abgespielt. Die in der Kaunhake 65 wohnende unverheiratete Arbeiterin Emma J. unterhielt seit mehreren Jahren ein Liebesverhältnis, dem zwei Kinder, Mädchen im Alter von zwei und vier Jahren, entsprossen waren, und das nach Ansicht der J. demnächst zur Ehe führen sollte. Diese Hoffnung wurde jedoch jäh zerstört durch einen Abjagebrief, den das Mädchen fälschlich von ihrem Bräutigam erhielt...

Ein „Großfeuer am Mollenmarkt“ alarmierte in der Nacht zu Freitag die Berliner Feuerwehr. Dort stand um 4 Uhr der Dachstuhl des uralten Gebäudes Nr. 2 gegen der „Hausvogtei“ in Flammen. Ungeheure Rauchschwaden, vermengt mit hell emporlodenden Feuerzungen verklärten schon von weitem den Brand.

Selbstmord eines greisen Ehepaares. An der Apollon-Paulus-Kirche wohnte seit langer Zeit das Ehepaar H. Der Mann stand in den achtziger, die Frau in den sechziger Jahren. Beide waren hinlänglich und wurden von einer Krankenschwester, die jeden Tag kam, gepflegt. Jetzt sollten sie in ein Hospital gebracht werden. Die Frau besonders aber hing sehr an ihrem Heim und wollte es durchaus nicht verlassen. In dieser Lage kamen die Leute auf den Gedanken, lieber gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Als vor-mittag die Krankenschwester wieder kam, fand sie die Stube mit Gas angefüllt und die beiden alten Leute tot vor.

Selbstmord. Mit Gas vergiftet hat sich ein 18 Jahre alter Handlungsgehilfe Bernhard H. aus der Kottbuser Straße. Er hatte mehrere Jahre gelehrt und seine Wittin fand ihn tot auf dem Bett liegen. Was ihn zu dem Schritte veranlaßte, ist nicht bekannt.

Töblich verunglückt. An einer elektrischen Rolle verunglückte ein 7 Jahre alter Knabe Rudolf Schlegelmich aus der Warthestr. 56 zu Neukölln. Der Kleine ging mit seiner Pflegemutter in ein benachbartes Seifengeschäft, das eine elektrische Rolle unterhält. Während er hier Handreichungen leistete, geriet er in das Getriebe der Rolle, das ihm den Schädel eindrückte, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Treibriemenkliebe. In einer Fabrik an der Reuenburger Straße nahm ein 17 Jahre alter Curische namens Hoffmann Arbeit an. Nach einigen Tagen Abredeete er den 16 Jahre alten Arbeiterburischen Jöhle, mit dem er in der Tharstrasse die Schlafstelle teilte, ihn in der Fabrik zu besuchen. Hier kamen beide überein, nachts die Treibriemen abzuhängen und wegzuschleppen. Hoffmann schloß seinen Freund kurz vor Feierabend in sein Spind ein und ging mit den anderen Arbeitern durch die Kontrollen hinaus. In der Nacht verließ Jöhle sein Versteck, bemächtigte sich der Treibriemen und schaffte sie mit Hoffmann nach der Tharstrasse, wo er sie an einen Schuhmacher für nur 134 M. verkaufte, obwohl sie 1000 M. wert waren. Der Diebstahl war ganz rätselhaft, bis jetzt die Kriminalpolizei die Riemen, die nur zum Teil zerschritten waren, bei dem Schuhmacher entdeckte.

Für 16000 M. Schuhwaren unterzogen hat der 26 Jahre alte Knabe Max Müller aus der Waldstr. 88. Am vergangenen Sonnabend erhielt er den Auftrag, für 16000 M. Waren nach verschiedenen Pwiggeschäften des Hauses Süder zu bringen. Seit dieser Fahrt ist er spurlos verschwunden. Die ganze Ladung hat er wahrscheinlich verkauft. Wird und Wagen fand man in der Falkensteinstraße wieder. Die Ladung bestand aus 825 Paar neuen Herren-, Damen- und Kinderstiefeln. Auf die Ergründung des Räubers und die Herbeischaffung seiner Reute ist eine Belohnung bis zu 1000 M. ausgesetzt.

Aus den Gemeinden.

Unentgeltliche Impfung der Charlottenburger Einwohner. In der hiesigen Volksbadanstalt, Krumme Str. 10, ist eine öffentliche Impfstelle zur unentgeltlichen Impfung für die Einwohner Charlottenburgs eingerichtet worden. Die Impfung ist freiwillig. Von Kindern kommen nur solche in Frage, bei denen bei der erfolg-reichen Erst- oder Wiederimpfung mehr als 5 Jahre vergangen sind. Ausgeschlossen sind Erstimpfungen und die von solchen Kindern, die in diesem Jahre das 12. Lebensjahr vollenden. Die Impfungen finden von Montag, den 27. M., ab von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends statt, und zwar für Mädchen und Frauen Montags, Dienstags, Mittwochs und Donnerstags, für Männer und Knaben Freitags und Sonnabends. Ein Ausweis als Einwohner Charlottenburgs ist mitzubringen. Die Nachschau findet nur für Kinder bis zum 11. Lebensjahr einschließlich statt.

